

aktuelle analysen | 80



Hanns
Seidel
Stiftung

Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise

Perspektiven und Handlungsoptionen
im geökonomischen Wettbewerb
zwischen den USA und China

Josef Braml

Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise

Perspektiven und Handlungsoptionen im
geökonomischen Wettbewerb zwischen den USA und China

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-591-5
Herausgeber	Copyright 2020, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzender	Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär	Oliver Jörg
Redaktion	Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin) Susanne Berke (Redakteurin) Marion Steib (Gestaltung, Satz, Layout)
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Umschlaggestaltung	Gundula Kalmer, München
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweise	Der vorliegende Text gibt die Meinung des Autors wieder und nicht unbedingt die der Hanns-Seidel-Stiftung. Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

VORWORT



Markus Ferber, MdEP

Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung

Die Europäische Union gerät international zunehmend zwischen die Fronten. Die Corona-Pandemie verstärkt den weltwirtschaftlichen Wettbewerb, insbesondere die feindliche Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und China. In diesem Konflikt scheidet Neutralität für Brüssel als Handlungsoption aus, denn mit Washington verbindet es die Wertepartnerschaft der westlichen Welt. Und zahlreiche EU-Mitgliedstaaten gehören wie die Vereinigten Staaten dem Nordatlantikkpakt an.

Nichtsdestotrotz wendet sich die militärische und wirtschaftliche Supermacht jenseits des Atlantiks seit geraumer Zeit von ihren Verbündeten und Partnern in Europa ab und verlagert ihr internationales Interesse auf den asiatischen Kontinent. In diesem Kontext richten sich die Blicke insbesondere auf die in den Vereinigten Staaten Anfang November 2020 stattfindenden Präsidentschafts-

und Kongresswahlen. Aus Sicht der Europäischen Union stehen Fragen im Mittelpunkt wie die Auswirkungen dieser Abstimmungen auf die Zukunft von Freihandel, Multilateralismus und dem internationalen Engagement der Supermacht.

Gleichzeitig erweist sich China als ein zunehmend schwieriger Partner. Hoffnungen auf eine Liberalisierung des politischen Systems erfüllten sich nicht. Gerade das Gegenteil ist der Fall: Die kommunistische Partei greift nach Hongkong, die Europäische Union protestiert und verweist auf das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“. Vor diesem Hintergrund treibt Strategen in Brüssel die große Sorge um, dass durch chinesische Investitionsbeteiligungen an der kritischen Infrastruktur in Europa Gefahren ausgehen könnten. Außerdem stellt sich die EU-Politik die Frage, ob China ein verlässlicher Partner bei der Reform der Welthandelsorganisation ist. Wie hat sich Pekings Haltung im Zuge der Corona-Pandemie entwickelt?

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Energiepolitik. Hier setzte die Europäische Union mit ihrem „Grünen Deal“ Maßstäbe und verfolgt bei der Senkung von Treibhausgasen ehrgeizige Ziele, auch um seine Abhängigkeit von externen Lieferanten zu senken. Zusätzlich spielt Brüssel in die Hände, dass die Corona-Pandemie zu einem Nachfragerückgang und dadurch zu niedrigeren Preisen führte. Welchen Einfluss hat dies auf die Energiepolitik der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten und China?

Geoökonomische Fragen wie diese haben eine große Relevanz für die Unternehmen in der Europäischen Union. Die Corona-Pandemie brachte Themen wie die Verletzbarkeit von Lieferketten und Zuverlässigkeit von Lieferanten auf die Tagesordnung, welche ohnehin unter dem Einfluss der Geopolitik stehen und zukünftig noch stärker stehen werden. Hohe Exportquoten sorgen bei den Unternehmen und ihren Mitarbeitern für ein gesteigertes Interesse an weltpolitischen Entwicklungen – insbesondere, welche Rolle die Europäische Union dabei einnimmt. In diesem Zusammenhang möchte die vorliegende Arbeit einen Diskussionsbeitrag liefern.

Ich wünsche eine angenehme und aufschlussreiche Lektüre.

///

Inhalt

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse	10
Einleitung	14
1. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika	17
1.1 Corona-Pandemie: Soziale und wirtschaftliche Folgen in den USA	17
1.2 Außenpolitik als Wahlkampfthema	20
1.3 Knapper werdende Ressourcen: Außenpolitische Auswirkungen	23
1.4 Empfehlung einer umfassenderen Berechnung der Lastenteilung	27
2. Die Beziehungen zwischen der EU und China	30
2.1 Kooperations- und Verhandlungspartnerschaft	30
2.2 Wettbewerb	32
2.3 Systemische Rivalität	36
2.4 Transatlantisch-pazifische China-Politik?	38
2.5 Empfehlungen für eine „globale Allianz der Demokratien“	42

3. Energiepolitik	45
3.1 Doppelkrise: Nachfrageeinbruch und Überproduktion	45
3.2 Geoökonomie der USA: Strategie kommt China zugute	46
3.2.1 Deal mit Saudi-Arabien: Sicherheit für weniger Öl	47
3.2.2 „Freedom Gas“ gegen Russland	49
3.2.3 „Maximaler Druck“ auf den Iran	50
3.3 Chinas Seidenstraßen-Pläne – eine Bedrohung für die USA	53
3.4 Handlungsoptionen für transatlantische Energie- und Umwelt-Kooperation	54
4. Zukunft der internationalen Handelsordnung und des Multilateralismus	57
4.1 Das Ende des Endes der Geschichte	57
4.2 Währungsfragen sind Machtfragen	58
4.3 Interdependenz – alte Schwächen, neue Stärke	59
4.4 Die „Grand Strategy“ der USA	60
4.5 Das Recht des Stärkeren gegen die rule of law	61
4.6 Notwendige Reaktionen der EU	63
Anmerkungen	69



Dr. Josef Braml

leitet seit Juni 2019 das Amerika-Programm der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin. Als geschäftsführender Herausgeber und Redakteur des Jahrbuchs Internationale Politik zeichnet er für mehrere Standardwerke der Internationalen Beziehungen verantwortlich. Seit Januar 2020 ist er zudem Generalsekretär der Deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission.

Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise

Perspektiven und Handlungsoptionen im
geoökonomischen Wettbewerb zwischen den USA und China

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

Die Coronavirus-Krise hat geoökonomische Rivalitäten verstärkt.

Die durch die Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogene Weltwirtschaft kann sich nur wieder erholen, wenn das Virus weltweit besiegt wird – was eine globale Zusammenarbeit erfordern würde. Allerdings hat die Coronavirus-Krise bestehende geoökonomische¹ Rivalitäten verstärkt, insbesondere zwischen den USA und China. Durch die Auswirkungen der Pandemie ist auch Chinas Kommunistische Partei in Gefahr – weshalb sie versucht, im Innern die Debatte über das Virus zu unterdrücken und mit einer aggressiven Außenpolitik davon abzulenken.² Ebenso benötigt US-Präsident Trump einen äußeren Feind, um zu Hause die Reihen zu schließen. Trump versucht, vom eigenen Versagen abzulenken und seine Wiederwahl zu sichern, indem er China für die Ausbreitung des „China“-Virus in den USA verantwortlich macht. Mit ihren Schuldzuweisungen rechtfertigt die Trump-Regierung eine noch härtere Gangart gegenüber China. Die mittlerweile parteiübergreifend kritische Haltung wird im Wahlkampf auf beiden Seiten vertreten und unabhängig vom Ausgang der Präsidentschafts- und Kongresswahlen auch nach dem 3. November bestehen bleiben.

Nach dem Ansinnen Washingtons darf dem strategischen Rivalen China künftig auch nicht mehr durch wirtschaftlichen Austausch geholfen werden, ökonomisch und technologisch aufzusteigen. Vielmehr muss mit allen Mitteln verhindert werden, dass China die USA in den technologischen Schlüsselbereichen überholt. Um Chinas ökonomische und militärische Modernisierung zu drosseln, forcieren die Vereinigten Staaten anstelle der bisherigen Politik der Einbindung und Integration eine Strategie der wirtschaftlichen Entkoppelung (decoupling).

Die Corona-Pandemie hat diesen De-Globalisierungstrend verstärkt. Immer mehr Firmen in den USA und Europa versuchen, auf Kosten der „Effizienz“, etwa der bisherigen international vernetzten Just-in-time-Produktion, mehr „Resilienz“ zu gewinnen. Dieses „Nearshoring“, „Reshoring“ oder die „Lokalisierung“ bedeutet, dass westliche Firmen ihre Lieferketten aus China wieder nach Hause verlagern. Einige Industriezweige, insbesondere im Technologie- und Pharmasektor, werden umso mehr unter Druck der Regierungen in den USA und anderswo geraten, dasselbe zu tun. Mit Argusaugen achtet insbesondere Washington darauf, dass die für seine strategischen Industrien wichtigen Lieferketten von China unabhängiger werden.

Konkret managt oder manipuliert die US-Regierung Daten-, Handels-, Energie- und Finanz-Ströme, insbesondere durch (Sekundär-)Sanktionen. Das Spiel der Kräfte auf sogenannten freien Märkten tritt noch mehr in den Hinter-

grund und wird von den USA nur solange akzeptiert, wie es dem politischen Ziel geostrategischer Dominanz dient. Damit wird die moderne, liberale Grundidee freier Marktwirtschaften, das Win-win-Denken, preisgegeben zugunsten eines vorindustriellen, merkantilistischen Nullsummendenkens: Einer gewinnt, alle anderen verlieren. Diese Haltung, die US-Präsident Trump und seine Wirtschafts- und Sicherheitsberater freimütig zum Ausdruck bringen,³ ist auch kompatibel mit dem neo-realistischen Denken internationaler Beziehungen, gemäß dem ökonomische Kraft eine der Grundvoraussetzungen für militärische „Hard Power“⁴ ist. Umgekehrt kann die „harte Macht“ genutzt werden, um wirtschaftliche Vorteile zu erzielen: Die „unsichtbare Hand“ des Marktes funktioniert besser mit der oft schon leicht sichtbaren Faust in der Tasche.

Die Europäische Union, allen voran Deutschland, sollten sich nicht auf das „Recht des Stärkeren“ berufen, allein schon, weil sie es nicht können. Sie sind aufgrund ihrer militärischen Schwäche und der Präsenz ihrer Unternehmen auf globalen Märkten in besonderem Maße von der rule of law – den multilateralen Regeln etwa der Welthandelsorganisation (WTO) – abhängig, die für alle 164 Mitgliedstaaten gelten. Die USA unter Präsident Trump sind hingegen der Meinung, dass ihre auf wirtschaftlicher und militärischer Stärke fußende Macht von multilateralen Regeln nur beschnitten werde und vielmehr den Rivalen China und Europa helfe. US-Präsident Trump gilt mittlerweile in Europa als die größte Bedrohung für das multilaterale System – und nicht Chinas Führung. Doch wer Peking als verlässlicheren Partner sieht, etwa um die WTO zu reformieren, übersieht Chinas ebenso opportunistische Interpretation von Multilateralismus, die sich grundlegend vom regelbasierten Verständnis Europas unterscheidet.⁵

Steigende chinesisch-amerikanische Spannungen werden nicht nur spaltende Wirkung auf multilaterale Organisationen, sondern auch erhebliche Auswirkungen auf „Dual Options“-Länder wie Deutschland haben, die starke nationale Sicherheitsbeziehungen zu den USA unterhalten, aber ebenso umfangreiche wirtschaftliche Beziehungen mit den USA und China pflegen. Die Kosten dieser Doppel-Strategie werden in Zukunft steigen, wie dies bereits im Technologiesektor deutlich wird (zum Beispiel 5G/Huawei). Im Ringen um technopolitische Einflusssphären werden die USA den Druck auf Drittstaaten verstärken und sie vor die Wahl stellen, entweder mit Amerika oder mit China Geschäfte zu betreiben. Eine in chinesische und amerikanische Standards und Systeme zweigeteilte Welt ist die Folge.

Die EU und Deutschland können sich nicht auf das „Recht des Stärkeren“ berufen.

Obwohl die transatlantische Werte-, Wirtschafts-, und Sicherheitsgemeinschaft durch eine zweite Amtszeit Trumps auf eine noch härtere Nagelprobe gestellt werden könnte, wären Äquidistanz zwischen den USA und China⁶ oder gar eine stärkere Annäherung an China in keinem Fall sinnvolle Optionen, allein schon wegen der Werte-Distanz zu China und der sicherheitspolitischen Abhängigkeit Europas von den USA.

Worthülsen wie „strategische Unabhängigkeit“ oder „Autonomie“ kaschieren bislang nur den Mangel an Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der EU, die dringend nötig wäre, um sich auf diese neue Weltordnung einzustellen. Die Europäische Union ist in besonderem Maße anfällig für die „Teile und beherrsche“-Strategien der Großmächte, allen voran Chinas und der USA. Um ihre politische Anfälligkeit zu überwinden und ihre Handlungsfähigkeit zu verbessern und „weltpolitikfähig“ zu werden, sollte die EU in der Außen- und Sicherheitspolitik von der Illusion der Einstimmigkeit hin zu einer realistischeren Konsensfindung in Form einer qualifizierten Mehrheitsentscheidung finden.

Die Präsidentin der neuen Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, hat eine „geopolitische Kommission“ zusammengestellt, die als „Beschützer des Multilateralismus“ handeln soll. Das ökonomische Gewicht der EU muss künftig stärker eingesetzt werden, um in der Außen- und Handelspolitik europäische Interessen und Werte zu verteidigen.⁷ In einem kompetitiveren internationalen Umfeld muss die EU ihre eigene Wirtschaftsmacht stärker strategisch einsetzen.

**Entscheidungsträger
sollten sich auf
härtere Bedingungen
der USA einstellen.**

Europas Entscheidungsträger sollten sich – auch für den Fall einer Regierung Joe Bidens – auf härtere Markt-Macht-Bedingungen Amerikas einstellen, die bereits vom amtierenden Präsidenten Trump forciert werden. Die Vereinigten Staaten werden weiterhin ihre Wirtschafts- und Militärmacht als kompetitiven Wettbewerbsvorteil einsetzen; das gilt erst recht gegenüber schutzbedürftigen Ländern in Europa.

Die USA werden bei Verhandlungen künftig mehr ökonomische Gegenleistungen für militärischen und sicherheitsdienstlichen Schutz fordern. Im Gegenzug sollten die Europäer auch Garantien dafür einfordern. Neben einem klaren – beiderseitigen – Bekenntnis zu einer möglicherweise zu erweiternden NATO (Stichwort: „Globale NATO“) wäre auch die Aufnahme europäischer Staaten in den bislang exklusiven Club der „Five Eyes“ denkbar, in die Geheimdienstallianz, die bislang nur Australien, Kanada, Neuseeland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten umfasst.

Die Europäer könnten auch etwas selbstbewusster auf ihren geleisteten Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit verweisen: Seit Jahrzehnten finanzieren sie Konsum, Wirtschaft und auch das Aufrüsten der USA, nicht zuletzt durch die im Handel verdienten Währungsreserven und Ersparnisse. Künftig dürften diese Anlagen mehr Wertschätzung erfahren, zumal die internationalen Anleger begonnen haben, das Vertrauen in die Nachhaltigkeit der US-Konjunkturerholung und den US-Markt zu verlieren. Zwischenzeitlich ist der Dollar auf ein Zweijahrestief gefallen.

Die Rettungspakete zur Wiederbelebung der durch die Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogenen europäischen Wirtschaft und die Zukunftsprojekte des „Green Deal“ und der Digitalisierung geben nunmehr auch Europa die Chance, seine Märkte zu „vertiefen“. Angesichts der besonders prekären sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage in den USA und China sollten europäische Staaten und institutionelle Anleger ihre Kapitalreserven sicherer, gewinnbringender und strategisch sinnvoller in den Euro und die ökonomische und militärische Ertüchtigung Europas (Stichwort: European Defence Fund) investieren, auch, um den Kontinent für den härter werdenden geoökonomischen Wettbewerb zu wappnen. Nur der europäische Verbund gewährleistet Marktmacht und Handlungsoptionen, damit Europas Länder weiterhin selbstbestimmt wirtschaften und leben können.

Europa hat die Chance, seine Märkte zu „vertiefen“.

Einleitung

Die Pandemie konnte in Europa und Asien besser eingedämmt werden als in den USA.

Die aktuellen Daten über Coronavirus-Infektionen und -Todesfälle deuten darauf hin, dass die Pandemie in Europa und Asien bislang besser eingedämmt werden konnte als in den Vereinigten Staaten, wo sie außer Kontrolle zu geraten droht. Sollte die US-Wirtschaft wieder zum Stillstand gezwungen werden, würden sich jedoch auch hierzulande die Hoffnungen auf eine V-förmige Erholung verflüchtigen, und die immer noch überschwänglichen Aktienmärkte müssten hüben wie drüben die ohnehin schon düstere Lage der Realwirtschaft reflektieren.

Die Corona-Pandemie und die von ihr ausgelöste Weltwirtschaftskrise werden nicht zur globalen Kooperation führen, sondern bestehende geoökonomische Rivalitäten, vor allem zwischen den USA und China, verstärken und dabei auch Deutschland und Europa in Mitleidenschaft ziehen. Obwohl zur Bekämpfung der globalen Pandemie – und der von ihr ausgelösten Weltwirtschaftskrise – kooperatives Verhalten der wichtigsten Staaten überlebensnotwendig wäre, verschärfte US-Präsident Donald Trump die bisherige Konfrontation mit China und attackierte die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Trump bringt Sündenböcke in Stellung, um vom eigenen Versagen in der Krise und den gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen in seinem Land abzulenken, die seine Wiederwahl gefährden. Mit scharfer Rhetorik macht die Trump-Administration China für die Folgen der Pandemie in den USA verantwortlich.

Wenn sich zwei streiten, hat der Dritte, namentlich Europa, auch keinen Grund zur Freude. Wegen des verschärften Kräftemessens der beiden wirtschaftlichen Giganten wird die europäische Wirtschaft Kollateralschäden erleiden. Allen voran wird Deutschlands Wirtschaft und Politik noch mehr in die Zwickmühlen von Chinas und Amerikas Weltmachtambitionen geraten.

Zwar haben Chinas intransparentes Handeln nach dem Ausbruch der Pandemie und das Bewusstwerden der übermäßigen Abhängigkeit Europas von chinesischen medizinischen Hilfsgütern Chinas Ansehen in Europa beschädigt und die europäische Haltung der härteren Position der USA nähergebracht. Doch der bisherige Umgang der US-Regierung mit der Corona-Pandemie hat auch die Hoffnung desillusioniert, dass angesichts einer lebensbedrohlichen Lage die transatlantische Zusammenarbeit verbessert werden würde. Umso mehr belasten technologische Zukunftsfragen – bei denen Europa künftig Farbe bekennen muss – das transatlantische Verhältnis.

Der transatlantische Streit um die 5G-Technologie des chinesischen Anbieters Huawei ist nur die Spitze des Eisbergs grundlegender Rivalitäten im Bereich Geo-Technologie. „Big Data“ und die Fähigkeit, große Datenmengen mit künstlicher Intelligenz für wirtschaftliche Entwicklung sowie politische und militärische Macht nutzbar zu machen, sind die eigentlichen „Game Changer“. Denn sie werden den Ausschlag darüber geben, wer im künftigen wirtschaftlichen und militärischen Wettbewerb führen und dann auch die Spielregeln, die Welt(-wirtschafts)ordnung, in seinem Interesse bestimmen wird.

Die Trump-Regierung hat schon dafür gesorgt, dass das auf Energiemärkten ohnehin nur schwach ausgeprägte Markt-Paradigma umso mehr von Geopolitik verdrängt wurde. Um die US-Öl- und Gasindustrie, die bereits wegen dem Corona-bedingten Einbruch der Nachfrage in Notlage geraten ist, vor der Konkurrenz kostengünstigerer Produzenten wie Saudi-Arabien, Russland oder Iran⁸ zu schützen, forciert die Trump-Regierung alle ihr zur Verfügung stehenden geoökonomischen Machtmittel, die auch auf Kosten der wirtschaftlichen Interessen von Amerikas Alliierten in Europa und Asien gehen.

Wegen ihrer durch die Pandemie verschärften wirtschaftlichen Notlage und enormen Verschuldung werden die USA – auch im Falle einer künftigen Regierung unter Joe Biden – umso mehr versuchen, aus der ökonomischen und insbesondere militärischen Abhängigkeit ihrer Verbündeten in Europa und Asien Kapital zu schlagen. Wer sich selbst kein einsatzfähiges Militär leistet, muss wohl oder übel Tribut für die Leistungen der Schutzmacht zollen und in der Währungs- oder Handelspolitik dafür zahlen. Um das Wohlwollen der USA zu erwirken, dürfen Verbündete etwa „Freiheitsgas“ oder amerikanische Rüstungsgüter wie Kampfflugzeuge kaufen und so das Handelsdefizit der USA verringern helfen.

Von diesem transaktionalen, auf den eigenen Vorteil bedachten Vorgehen, das auch Chinas Sicherheits- und Wirtschaftsberatern trotz „Win-win“-Rhetorik nicht fremd ist, sind nicht nur die im Energie- und Militärsektor tätigen europäischen Unternehmen betroffen. International agierende deutsche Unternehmen sind insbesondere in das Fadenkreuz geoökonomischer Strategien der Großmächte USA und China geraten. Denn Deutschland ist eine der international verflochtensten und somit am meisten verwundbaren Volkswirtschaften der Welt.

Die USA werden aus der Abhängigkeit ihrer Verbündeten Kapital schlagen.

In dem immer dominanter werdenden geoökonomischen Denken der Weltmächte sind wirtschaftliche Verflechtung und weltweite Arbeitsteilung nicht mehr notwendigerweise Garant für Wohlstand und Frieden. Stattdessen werden sie zum Risiko, da Ungleichgewichte in der gegenseitigen Abhängigkeit ausgenutzt werden können. Wertschöpfungsketten und Handelsbeziehungen sind „weaponizeable“ geworden: Sie werden zum Objekt geostrategischer Ambitionen.

**Es ist höchste Zeit,
dass Europa
seine Rhetorik in
Taten umsetzt.**

Es ist höchste Zeit, dass Europa seine Rhetorik (Stichwort: „geopolitische Kommission“) in Taten umsetzt, um die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union zu verbessern. Nur dieser supranationale Rahmen gewährt europäischen Staaten die nötige Souveränität, um in der neuen Weltordnung selbstbestimmt wirtschaften und leben zu können. Denn sowohl die USA als auch China werden künftig mit härteren Bandagen spielen und die Uneinigkeit Europas auszunutzen wissen.

1. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika

Die Corona-Pandemie verschärft die ohnehin angespannte soziale und wirtschaftliche Lage in den USA, die Trumps Wiederwahl gefährdet und sich auch über eine aggressivere Außenpolitik nach außen entlädt. Bisher betrifft sie vor allem China – aber auch Europa dürfte nicht verschont bleiben. Allein schon wegen des Kräftemessens der beiden wirtschaftlichen und militärischen Gegenspieler wird die europäische Wirtschaft – auch im Falle einer Biden-Regierung nach den US-Wahlen – weitere Kollateralschäden erleiden.

1.1 Corona-Pandemie: Soziale und wirtschaftliche Folgen in den USA

Anders als die meisten Staaten Europas haben es die USA versäumt, die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen; die Zahlen registrierter Infektionen und der Todesopfer steigen weiterhin merklich an. Laut den Daten der Johns Hopkins University markierte der Juli 2020 einen Negativ-Rekord in den USA, mit mehr als 1,9 Millionen gemeldeten Coronavirus-Neuinfektionen – mit Abstand die höchste Zahl in einem Monat und ein düsteres Zeichen dafür, dass das Land die Kontrolle über die Ausbreitung der Pandemie verloren hat. Die Einzelstaaten im Süden und Westen sind am stärksten von der neuen Welle betroffen. Im Juli gab es in Texas 261.000 und in Kalifornien mehr als 270.000 neue Fälle, Florida verdreifachte seine Statistik mit 318.000 neuen Fällen. Die Gesamtzahl neuer Infektionen war im Juli mehr als doppelt so hoch wie im Vormonat und macht 42 Prozent der 4,5 Millionen Fälle aus, die das Land seit dem Ausbruch der Pandemie bis zum Juli 2020 registriert hat.⁹

Auch die Todesfälle im Zusammenhang mit dem Coronavirus sind wieder gestiegen, nachdem sie im April und Mai zurückgegangen waren. Die USA verzeichneten im Juli 25.259 Todesopfer, 3.700 mehr als im Vormonat. Damit stieg die Gesamtzahl der Todesopfer auf über 150.000. Aufgrund der weiteren Ausbreitung des Virus erwarten Gesundheitsexperten, dass die täglichen Todesfälle bereits in den Sommermonaten weiter steigen werden. Nach dem bislang letzten Stand (vom 30. August 2020) haben über 182.000 Menschen in den USA ihr Leben wegen Corona verloren.¹⁰ Das sind weitaus mehr Tote als alle amerikanischen Gefallenen der jüngsten Kriege der US-Geschichte zusammengenommen (Korea-Krieg, Vietnam-Krieg und der Krieg gegen den Terror).

Die USA haben die Kontrolle über die Ausbreitung der Pandemie verloren.

Doch die US-Regierung – sei es auf nationaler, einzelstaatlicher oder regionaler Ebene – ist alles andere als gewappnet und mobilisiert gegen die tödliche Gefahr. Die staatlichen Stellen sind medizinisch unzureichend ausgerüstet und auch politisch weiterhin überfordert. Die Verantwortlichen auf allen Regierungsebenen verbrachten den Juli mehr oder weniger damit, darüber zu streiten, ob sie die Wiedereröffnung zurückfahren und eine Maskenpflicht oder andere Auflagen zur Gewährleistung der öffentlichen Gesundheit einführen sollten, die von führenden Gesundheitsexperten empfohlen werden. „Wir haben an vielen Orten im ganzen Land zu schnell wieder geöffnet, wir waren nicht vereint und konsequent in unseren Botschaften, und jetzt sehen wir, wo wir sind“, sagte Tom Inglesby, Direktor des Johns Hopkins Center for Health Security, in einem CNN-Interview am 31. Juli 2020.¹¹

Die Pandemie hat die Ungleichheiten in der US-Gesellschaft offengelegt.

Das Versäumnis der Regierung, finanzielle Unterstützungsleistungen zu verlängern, stellt eine weitere Existenzbedrohung für viele Haushalte mit niedrigem Einkommen dar. Die Corona-Pandemie hat die gravierenden Ungleichheiten in der amerikanischen Gesellschaft gnadenlos offengelegt. Die Pandemie und die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste waren besonders verheerend für afroamerikanische und hispanische Haushalte. Die Minderheiten sind durch die Corona-Pandemie stärker betroffen, weil sie bereits vorher höhere Arbeitslosenzahlen, niedrigere Löhne und viel weniger Ersparnisse hatten, auf die sie jetzt zurückgreifen könnten.¹² Die Wirtschaftskrise wird die prekäre Lage insbesondere der afroamerikanischen und hispanischen Minderheiten noch weiter verschärfen. Mit ihrem Job verlieren viele US-Bürger in der Regel auch ihren Krankenversicherungsschutz und ihre einzige Möglichkeit für ihren Lebensunterhalt.

Die Konsumausgaben und das Wirtschaftswachstum (BIP) sind drastisch gesunken. Das US-BIP verzeichnete im zweiten Quartal 2020 einen auf das Jahr hochgerechneten Rekordeinbruch von 32,9 Prozent, wie aus den Daten des Handelsministeriums vom 30. Juli hervorgeht.¹³ Die Corona-Pandemie verursachte einen erheblichen Rückgang der Konsumausgaben, Unternehmensinvestitionen und Exporte.

Die Anleger an den US-Aktienmärkten hingegen feiern neue Höchststände und bleiben bislang von den düsteren Wirtschaftsnachrichten unbehelligt. Viele kurzfristige makroökonomische Indikatoren, etwa die Einkaufsmanager-Indizes des verarbeitenden Gewerbes (PMIs) oder die wöchentlichen Arbeitslosenmeldungen, nähren immer noch die Hoffnung auf eine V-förmige Erholung. Diese setzt aber voraus, dass die großen Volkswirtschaften nicht gezwungen werden, wieder zu schließen. Angesichts der weiterhin alarmierenden Infektionszahlen, vor allem in den USA, ist es jedoch nur eine Frage der Zeit, bis die Aktienmärkte die düstere wirtschaftliche Lage der Realwirtschaft widerspiegeln.

Bisher scheinen die Finanzmärkte noch mit anhaltenden massiven staatlichen Konjunkturprogrammen und der Entdeckung eines Impfstoffs zu rechnen. Die Unfähigkeit der US-Politiker, einen Konsens über künftige Konjunkturmaßnahmen zu erzielen, könnte jedoch die optimistische Marktstimmung dämpfen. Nachdem sich Demokraten und Republikaner im Kongress mit dem Weißen Haus bislang nicht darauf einigen konnten, wie und in welchem Umfang etwa die Arbeitslosenunterstützung verlängert werden kann, verlieren Millionen von US-Haushalten ihre Existenzgrundlage – das Rettungsboot, das sie in den vergangenen vier Monaten über Wasser gehalten hatte.

Die US-Notenbank (Federal Reserve, Fed) ist besorgt, dass die höheren Infektionszahlen die wirtschaftliche Erholung vereiteln könnten: Jay Powell, der Vorsitzende der Fed, warnte am 29. Juli 2020 in einer Pressekonferenz, dass der Anstieg der Infektionen in vielen US-Bundesstaaten die Wirtschaft zu beeinträchtigen begonnen habe, und verwies auf „nicht standardmäßige Hochfrequenzdaten“ bei Kreditkartenzahlungen, Beschäftigung, Verbraucherumfragen etc., die Anlass zur Sorge geben.¹⁴

Um sicherzugehen, dass nicht auch noch höhere Zinsen die angeschlagene Wirtschaft zusätzlich schwächen, bestätigte die US-Notenbank in ihrer Sitzung vom 28. und 29. Juli ihre lockere Geldpolitik. Der Leitzins, die Federal Funds Rate, blieb unverändert bei einer Spanne von 0 bis 0,25 Prozent. Ebenso werden die Wertpapierkäufe und die Kreditprogramme fortgesetzt. Die Fed wird sämtliche Notfallkredite bis Ende des Jahres 2020 verlängern, anstatt sie planmäßig Ende September auslaufen zu lassen.

Um Bedenken zu zerstreuen, dass die Pandemie weitere Unruhe auf den internationalen Finanzmärkten auslösen könnte und wie zu Beginn wieder zu einer Dollar-Knappheit führt, kündigte die Fed am 29. Juli zudem an, Notfall-Swaps mit einigen Zentralbanken bis Ende des ersten Quartals 2021 zu verlängern sowie eine vorübergehende Rückkauffazilität für internationale Währungsbehörden beizubehalten, damit diese US-Staatsanleihen weiterhin gegen Dollar tauschen können.¹⁵ Daraufhin fiel der Dollar auf ein Zwei-Jahres-Tief, nicht zuletzt auch, weil der massive Anstieg der Corona-Virusfälle in den USA dazu geführt hatte, dass internationale Anleger begonnen haben, das Vertrauen in die Nachhaltigkeit der US-Konjunkturerholung zu verlieren.

Trumps Unbeholfenheit als Krisenmanager und die damit verschlechterten Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung bedrohen seine Wiederwahl. Ist doch Amtsinhaber Trump bisher mit guten wirtschaftlichen Daten auf Stimmenfang gegangen. Nachdem Trump anfänglich die Gefahr des Virus unterschätzte, die Warnungen seiner Nachrichtendienste, Gesundheitsbe-

Internationale Anleger verlieren das Vertrauen in die US-Konjunkturerholung.

hörden und Mitarbeiter ignorierte und zunächst sogar noch die chinesische Führung für ihren Umgang mit dem Virus lobte, bringt er jetzt China als Sündenbock in Stellung, um von seinem Versagen abzulenken.

US-Wähler und Parteien artikulieren ihre negative Haltung gegenüber China.

1.2 Außenpolitik als Wahlkampfthema

Mit scharfer Rhetorik macht die Trump-Administration China für die Ausbreitung der Pandemie in den USA verantwortlich. Das „China-Virus“, dessen Ursprung das Weiße Haus medienwirksam in chinesischen Labors vermutet, ist laut US-Präsident Trump ein „Angriff“, der schlimmer als Japans Überfall auf Pearl Harbor im Zweiten Weltkrieg oder die Terrorattacken vom 11. September 2001 sei.¹⁶ Fest zum Gegenangriff entschlossen, hat Oberbefehlshaber Trump bereits seine Administration angewiesen, geökonomische Strafmaßnahmen gegen China vorzubereiten.

Auch für die Zeit nach den US-Wahlen sollten deutsche und europäische Entscheidungsträger mit einem härteren Vorgehen der USA gegenüber China rechnen, was auch Europas Wirtschaft und Außenpolitik beeinträchtigen wird. Mittlerweile artikulieren die politischen Verantwortlichen beider Parteien mit immer schärferen Worten, die merklich negativer gewordenen Haltungen ihrer Wähler gegenüber China.

Laut der jüngsten Umfrage des Pew Research Center, die im Juni und Juli 2020 durchgeführt wurde, haben 73 Prozent der Wahlberechtigten in den USA eine schlechte Meinung von China, 26 Prozentpunkte mehr als 2018. Unter den Amerikanern herrscht ein weit verbreitetes Gefühl, dass China für den Ausbruch und auch die Ausbreitung des Coronavirus in den USA verantwortlich ist.¹⁷

Während die Republikaner ohnehin schon seit Längerem etwas härter gegenüber China eingestellt sind als die Demokraten, ist mittlerweile die kritische Haltung in den USA rapide und parteiübergreifend gestiegen. In der jüngsten Umfrage vom Juni und Juli 2020 sagen 83 Prozent der Republikaner und der ihnen nahe Stehenden sowie 68 Prozent der Demokraten und der ihnen nahe Stehenden, dass sie eine kritische Sicht auf China haben – Rekordhöhen für beide Gruppen.¹⁸

Es sind vor allem, aber nicht nur, die Republikaner (66 Prozent), die denn auch eine härtere Politik gegen China fordern. Rund vier von zehn Republikanern beschreiben China als Feind (38 Prozent) und nicht als Konkurrent (53 Prozent) oder Partner (8 Prozent). Unter den Demokraten bezeichnen

weniger (19 Prozent) China als Feind, während 61 Prozent das Land als Konkurrenten sehen und 19 Prozent sagen, dass sie es als Partner betrachten. Wenn es jedoch um Ansichten zu den wirtschaftlichen Beziehungen zu China geht, sind es vielmehr die Demokraten als die Republikaner, die sie als unvoreilhaft bezeichnen (73 versus 63 Prozent).¹⁹

Sowohl Donald Trump als auch sein demokratischer Herausforderer Joe Biden haben China zu einem zentralen Wahlkampfthema gemacht. Die beiden Kontrahenten versuchen sich mit ihrer China-Kritik gegenseitig zu überbieten.²⁰ In diesem „China Bashing“-Wettbewerb hat Trump jedoch einen institutionellen Vorteil – er ist Präsident und Oberbefehlshaber und kann mit seinem Vorgehen gegen China die Agenda bestimmen und die Diskurs-hoheit einnehmen.

Die Rhetorik der Trump-Administration lässt noch mehr Konfrontation erwarten. In einer Reihe von vier Reden, die an den Kalten Krieg erinnern, sprachen sich die Falken in Trumps Entourage dafür aus, das „blinde Engagement“ mit China aufzugeben und eine konfrontativere Haltung einzunehmen. Am 26. Juni 2020 sagte der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Robert O'Brien, Chinas Präsident Xi Jinping sehe sich „als Nachfolger Josef Stalins“. Am 7. Juli behauptete FBI-Direktor Christopher Wray, dass China „mit allen notwendigen Mitteln die einzige Supermacht der Welt“ werden wolle und warnte vor seinen umfangreichen Bemühungen, Amerikaner auszuspionieren, zu beeinflussen und zu kooptieren. Am 17. Juli warf US-Justizminister William Barr Hollywood-Studios und Amerikas Tech-Giganten vor, zu Spielfiguren – namentlich „Bauern chinesischen Einflusses“ – geworden zu sein. Und am 23. Juli erklärte US-Außenminister Mike Pompeo, dass Chinas Präsident Xi Jinping in einen jahrzehntelangen Kampf um die globale Vorherrschaft verwickelt sei und dass sich die USA und andere Demokratien dagegen wehren müssten.²¹

Um ihrer harschen Rhetorik gerecht zu werden, handelt die Trump-Administration immer kompromissloser – auch, um Freund und Feind ihre Entschlossenheit zu zeigen. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns, lautet die neue Ansage an die Alliierten. Um nicht das Wohlwollen der Schutzmacht zu verspielen, gab Großbritannien nach längerem Abwägen schließlich doch dem massiven Druck der US-Administration nach und kündigte an, Produkte des chinesischen Unternehmens Huawei von seinen 5G-Telekommunikationsnetzen auszuschließen.

Die Trump-Administration eskalierte auch einen seit langem andauernden „Wie du mir, so ich dir“ (Tit-for-Tat)-Konflikt. Nachdem Peking sein Sicherheitsgesetz verhängt hatte, unterzeichnete Trump am 14. Juli das Hongkong-

Trump handelt kompromisslos gegen China und erwartet es auch von den Alliierten.

Gesetz und machte damit den Weg für China-Sanktionen frei. Der US-Präsident hob auch die besonderen Handels- und Wirtschaftsprivilegien des asiatischen Finanzplatzes auf. Die bilateralen Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen China wurden ausdrücklich und parteiübergreifend vom Kongress unterstützt.

Auch sicherheitspolitisch wählte die US-Regierung eine härtere Gangart. Am 13. Juli erklärte Außenminister Pompeo die geographisch umfassenden Ansprüche Chinas im Südchinesischen Meer für illegal. Zuletzt ordnete Trump am 22. Juli abrupt die Schließung des chinesischen Konsulats in Houston an, der erste derartige Schritt seit der Normalisierung der Beziehungen im Jahr 1979. Der Befehl zur Schließung des Konsulats (innerhalb von 72 Stunden) erfolgte, nachdem das US-Justizministerium eine Anklageschrift eröffnet hatte, in der zwei chinesische Hacker beschuldigt wurden, amerikanische Unternehmen, die Corona-Virus-Forschung betreiben, ins Visier genommen zu haben.²²

Mittlerweile ist ein Wettlauf der Nationen im Gange, welche als erste einen wirksamen Impfstoff entwickeln und für sich beanspruchen kann. Angesichts der enormen sozialen, wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen wollen die USA die Zeit, die benötigt wird, um einen Impfstoff zur Marktreife zu bringen, von einem Jahrzehnt auf 12 bis 18 Monate verkürzen. Um einen Impfstoff auf den Markt zu bringen, müssen Pharmaunternehmen bereits in der Testphase ihre Produktionskapazitäten aufbauen, auch wenn klinische Studien zur Prüfung ihrer Sicherheit und Wirksamkeit noch im Gange sind. Ohne staatliche Unterstützung wäre die Industrie nicht bereit, ein solches Risiko einzugehen.

Nationen konkurrieren bei der Entwicklung eines wirksamen Impfstoffes.

Mit ihrer „Operation Warp Speed“ will die Trump-Administration die Entwicklung möglichst vieler vielversprechender Impfstoffe beschleunigen. So zahlt sie beispielsweise 2,1 Milliarden Dollar für GlaxoSmithKline (GSK) und Sanofi, um den Unternehmen zu helfen, ihren Corona-Virus-Impfstoff durch klinische Studien zu entwickeln, einige Herstellungskosten zu decken, und eine erste Charge von 100 Millionen Impfstoffdosen zu kaufen. Der Deal beinhaltet die Option, zusätzliche 500 Millionen Dosen zu kaufen. Andere Unternehmen, die sich US-Finanzierung für ihre experimentellen Coronavirus-Impfstoffe gesichert haben, sind Moderna, Pfizer, Johnson & Johnson und Novovax.²³

Gleichwohl könnte die weitere Ausbreitung des Virus und Trumps unprofessionelles Krisenmanagement in der Corona- und Wirtschaftskrise die Experimentierlaune der Amerikaner dämpfen und ihr Sicherheitsbedürfnis erhöhen, also bei den US-Wahlen am 3. November 2020 dem steteren Demo-

kraten Joe Biden in die Karten spielen – so die Hoffnung vieler europäischer Beobachter. Erinnert der ehemalige Vizepräsident Barack Obamas doch auch viele westliche Verantwortliche wehmütig an das globale, multilaterale Krisenmanagement der Vorgänger-Regierung.

1.3 Knapper werdende Ressourcen: Außenpolitische Auswirkungen

Doch es ist genau jene, in ihren sozio-ökonomischen Folgen bis heute nicht ganz bewältigte Wirtschafts- und Finanzkrise 2008, die die politischen Koordinaten in den USA verschoben und Trumps Wahl begünstigt hat. Zudem wurden durch maßloses Finanzgebaren des amerikanischen Staates, nicht zuletzt auch der US-Notenbank, die Mittel verbraucht, die für die Bewältigung der nun absehbaren, viel größeren Wirtschaftskrise notwendig wären.

Noch knapper werdende Ressourcen werden den Verteilungskampf und die politische Radikalisierung in Washington weiter befeuern und umso heftigere Auswirkungen auf die US-Außenpolitik haben. Bereits heute zeigt sich – auf beiden Seiten des politischen Spektrums, vor allem unter der demokratischen Wählerschaft Bidens, um die auch Trump buhlt – Widerstand gegen den seit dem Zweiten Weltkrieg geltenden international engagierten außenpolitischen Kurs der USA, der insbesondere Europa wirtschaftlich und sicherheitspolitisch zugutekam.

Die traditionellen, den Gewerkschaften nahen Demokraten befürchten, dass Mittel für internationale oder militärische Zwecke verbraucht werden und somit für innere soziale Belange fehlen. Transatlantische Lastenteilung und Protektionismus in der Handelspolitik werden insbesondere von demokratischer Seite gefordert – nicht zuletzt auch in der amerikanischen Legislative. So war der Widerstand der Demokraten im Kongress ursächlich dafür, dass die transatlantischen Freihandelsgespräche (TTIP) nicht, wie von US-Vizepräsidenten Biden seinerzeit angekündigt, „mit einer Tankfüllung“ zu Ende gebracht werden konnten.²⁴

Ohnehin war für Präsident Obama und seinen Vize Biden – zum Verdruss der Europäer – die „Hinwendung nach Asien“ (pivot to Asia), also die Transpazifische Partnerschaftsinitiative (TPP), wichtiger, mit der sie China handelspolitisch einzudämmen versuchten und von ihren Alliierten wirtschaftlichen Tribut und Gefolgschaft forderten. Das würde sich wohl auch unter einem Präsidenten Biden kaum ändern. Um im aktuellen Wahlkampf zu punkten,

Knapper werdende Ressourcen werden innen- und außenpolitische Folgen haben.

vertritt Biden eine bedenkliche, weil protektionistische „Buy American“-Position, wie der amtierende Präsident Trump sie ebenso forciert. Eine Rückkehr zu Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandels- und Wirtschaftsabkommen wie TTIP ist nicht zu erwarten.

**Trump gibt Einwanderern
oder Wettbewerbern
die Schuld für hausge-
machte Probleme.**

Wer die Chancen und Risiken Donald Trumps und seines demokratischen Gegenkandidaten Biden bei der nächsten US-Präsidentenwahl taxieren will, sollte die zurückliegende analysieren. 2016 wurde Trump gegen Hillary Clinton gewählt, vor allem, weil es ihm gelang, eine Reihe „Blue States“, das sind Einzelstaaten, die zuvor die Demokraten unterstützt hatten, für sich zu gewinnen. Das bisherige Bollwerk der Demokraten, die von der Clinton-Kampagne als sicher geglaubte „blaue Mauer“ im Rostgürtel der USA, den Staaten des industriellen Kernlandes wie Pennsylvania, Ohio, Wisconsin und Michigan, und hier vor allem die weniger qualifizierten Wähler der unteren Einkommenschichten in zumeist ländlichen Gegenden, eroberte Trump mit populistischen und xenophoben Parolen. Obwohl die meisten Probleme Amerikas hausgemacht sind, gab Trump anderen die Schuld: Einwanderern oder internationalen Wettbewerbern. Trump konnte seinen Wahlsieg gegen das vermeintliche Washingtoner Establishment und die „Globalisten“ vor allem mit dem Versprechen gewinnen, die von den USA forcierte Globalisierung umzukehren.

Der „Washington Konsensus“ – sprich Laissez-faire-Politik, Deregulierung und Freihandel – ist mittlerweile in den USA selbst heftig umstritten: Die „unsichtbare Hand“ des Marktes produziert weltweit Gewinner, aber auch Verlierer, nicht zuletzt in den USA. Der sozio-ökonomisch bedingte Ausschluss vieler Amerikaner vom gesellschaftlichen und politischen Leben beschädigte das Fundament der amerikanischen Demokratie, namentlich das Vertrauen der Bürger in die etablierte Politik.²⁵

Vor allem die Ideologie freier Märkte hat Gegenbewegungen in Kraft gesetzt, die Nationalismus zur Folge haben. Die Entfremdung von der Politik bot eine Chance für den Populisten Trump, der die tiefe Abneigung, vor allem vieler Nicht-Wähler, gegen das „Establishment“ erkannte und sie bei den Präsidentschaftswahlen weiter anfeuerte. Er präsentierte sich als Außenseiter, der dank seines privaten Reichtums unabhängig sei und deshalb Washingtons „Sumpf austrocknen“ und Politik für alle Amerikaner und nicht nur für Betuchte betreiben könne.

Wer hoffte, dass sich Trump als Präsident staatsmännischer und weniger populistisch geben würde, wurde gleich bei seiner Amtsantrittsrede im Januar 2017 eines Besseren belehrt: An seine „Bewegung“ gerichtet, verurteilte Trump die um ihn versammelten Amts- und Würdenträger der Nation

als selbstbezogene Klasse, die es sich auf Kosten der Bürger gut gehen lasse. Das Establishment in Washington habe es insbesondere versäumt, die Interessen der Amerikaner zu schützen – vor den „Verwüstungen, die andere Länder in den USA anrichten“, indem sie amerikanische „Firmen stehlen“ und „Arbeitsplätze vernichten“. Gemäß seinem Credo „America First“ verkündete Präsident Trump zwei einfache Regeln, um Amerika wieder zu Wohlstand und alter Stärke zu führen: „Nur amerikanische Güter kaufen und amerikanische Arbeiter einstellen“.²⁶ Im Februar 2017, in seiner ersten Rede vor dem Kongress zur Lage der Nation, wiederholte er diese Forderungen. Denn, so Trump, er vertrete nicht die Interessen der Welt, sondern jene Amerikas.²⁷

Bislang hat US-Präsident Trump auch im Interesse seiner Wähler mit protektionistischen Kampfansagen Handelspolitik – und Wahlkampf – betrieben, nicht zuletzt, indem er Mexiko und Kanada zur Neuverhandlung des NAFTA-Abkommens nötigte. Er droht weiterhin mit Strafzöllen und anderen protektionistischen Maßnahmen und muss diese – für den Fall, dass sich die Handelspartner in Europa oder China nicht erpressen lassen – am Ende wahr machen, um bei diesem Kernthema gegenüber seinen Wählern glaubwürdig zu bleiben. Er wird deshalb auch weiter Druck auf europäische Regierungen und Unternehmen, insbesondere auf den Exportvize Weltmeister Deutschland, ausüben.

Die Kritik ist nicht neu: Bereits in Barack Obamas Amtszeit kritisierte die US-Administration China und Deutschland wegen ihrer Exportstärke. Schon auf dem G20-Gipfel in Südkorea im November 2010 scheiterten die USA mit ihrem Vorstoß, exportlastige Volkswirtschaften wie China und Deutschland unter Druck zu setzen und Begrenzungen der Leistungsbilanzüberschüsse (auf 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) festzulegen. Durch geschickte Diplomatie, insbesondere durch den Schulterchluss mit Peking, konnte Bundeskanzlerin Angela Merkel seinerzeit ausnutzen, dass die Welt der Belehrungen der USA überdrüssig war, und daran erinnern, dass es das Finanzgebaren der USA war, welches die globale Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 ausgelöst hatte.

Europäische Politiker, Unternehmer und Investoren sollten berücksichtigen, dass die globalen Ungleichgewichte seitdem nicht abgebaut, sondern noch verschärft worden sind. Trumps Steuererleichterungen sowie kreditfinanzierte Wirtschaftsprogramme und militärische Aufrüstung werden die US-Staatsverschuldung weiterhin nach oben treiben.

Erschwerend kommt noch hinzu, dass die amerikanische Gesamtverschuldung schon jetzt aus dem Ruder läuft. Sie hat sich seit der Wirtschafts- und

Bereits Obama kritisierte China und Deutschland wegen ihrer Exportstärke.

Finanzkrise 2008 auf derzeit (2019) 22,7 Billionen Dollar mehr als verdoppelt (die Verschuldung der Einzelstaaten und Kommunen noch nicht mitgerechnet). Allein die auf den Finanzmärkten durch Staatsanleihen finanzierte Staatsverschuldung des Bundes (debt held by the public) beläuft sich heute (2019) schon auf vier Fünftel (79,2 Prozent) der Wirtschaftsleistung (BIP). Im historischen Vergleich – etwa zum Durchschnitt (von 39 Prozent) der vergangenen 50 Jahre – ist sie ohnehin schon besorgniserregend.²⁸

Ein möglicher Finanzkollaps bedroht die Handlungsfähigkeit des US-Staates.

Die Schuldenlast wird künftig noch um Einiges vergrößert werden, wenn in absehbarer Zeit die demografische Entwicklung die Sozialkassen sprengt: Wenn nämlich der Eintritt von immer mehr Baby-Boomern in das Rentenalter die social security (Rentenversicherung), medicaid (Krankenfürsorge für sozial Schwächere) und medicare (Krankenfürsorge für Ältere und Behinderte) überfordert.

Wie schon ihre Vorgänger werden sich Präsident Trump oder sein möglicher Nachfolger im Weißen Haus davor hüten, diese für ältere Menschen (besonders aktive Wählergruppen) oft überlebenswichtigen Programme anzutasten. Aber ohne Einschnitte in die gesetzlichen Sozialansprüche einer immer größer werdenden Kohorte Älterer war schon laut früheren (2016) Prognosen des Congressional Budget Office bereits in zehn Jahren eine Verschuldung von 86 Prozent des BIP und 2046 von 141 Prozent des BIP zu erwarten. Das würde selbst die im Zweiten Weltkrieg erreichte historische Höchstmarke von 106 Prozent des BIP übertreffen. Die Behörde warnte bereits 2016 – also noch vor den folgenden fiskalischen Belastungen der Trump-Regierung –, dass eine derartig große Schuldenlast „substanzielle Risiken“ für das Land berge, ein Finanzkollaps drohe und nicht zuletzt auch die Handlungsfähigkeit des Staates lahmlegen könne.²⁹

Das bisherige Finanzgebaren der Trump-Regierung und die unerwarteten finanziellen Belastungen der Corona-Pandemie, die in vielen Bereichen bereits die Handlungsunfähigkeit des amerikanischen Staates offenlegte, wird die ohnehin schon prekäre finanzielle Lage in den USA umso mehr verschärfen: Das Congressional Budget Office meldete in seinem jüngsten Bericht, im August 2020, dass bereits in den ersten zehn Monaten des laufenden Haushaltsjahres, das am 30. September endet, ein Defizit von 2,8 Billionen Dollar erwirtschaftet wurde – eine Verdreifachung im Vergleich zu der ohnehin nicht sparsamen Vorjahresperiode.³⁰ Diese Rekordverschuldung würde noch größer, wenn sich der Kongress und das Weiße Haus doch noch auf eine weitere Runde von Notausgaben einigen sollten, die für viele amerikanische Haushalte und Unternehmen überlebensnotwendig wären, bis sich die Wirtschaft dann hoffentlich erholen und auch wieder mehr Steuereinnahmen generieren kann.

Angesichts der prekären wirtschaftlichen und finanziellen Lage in den USA ließ die Rating-Agentur Fitch das AAA-Rating der Vereinigten Staaten zwar unangetastet, senkte aber ihren Ausblick. Dies deutet darauf hin, dass der Status des Landes als einer der vertrauenswürdigsten Kreditnehmer der Welt durch die enormen Defizite gefährdet werden könnte, die die US-Regierung zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie anhäuft.³¹ „Der Ausblick wurde auf negativ revidiert, um die anhaltende Verschlechterung der öffentlichen Finanzen der USA und das Fehlen eines glaubwürdigen Haushaltskonsolidierungsplans widerzuspiegeln“, begründeten die Analysten der Rating-Agentur ihre Warnung vom 31. Juli 2020.³²

Amerikas Verschuldung ist bislang kein größeres Problem, solange ausländische Anleger – auch aufgrund der wohlwollenden Bewertungen amerikanischer Rating-Agenturen – bereit sind, den USA Kredite zu geben. Aktuell (Stand: Juni 2020) werden sieben Billionen Dollar (etwa 40 Prozent) der durch Staatsanleihen finanzierten Schulden des Bundes (debt held by the public) von Ausländern gehalten. Allen voran finanzieren China und Japan mit jeweils mehr als einer Billion Dollar (1,3 bzw. 1,1 Billionen Dollar), seit der Finanzkrise 2008 vermehrt auch die Golf- und EU-Staaten, den amerikanischen Traum vom unbegrenzten Konsum, Wirtschaften und Rüsten auf Pump.³³

1.4 Empfehlung einer umfassenderen Berechnung der Lastenteilung

Doch diese Fremdfinanzierung der Schuldenlast der Weltmacht würde ernsthaft eingeschränkt, sollte Amerika seine protektionistische Handelspolitik fortführen. Diesen Umstand könnten deutsche und europäische Entscheidungsträger in Verhandlungen mit den USA erfolgreich einsetzen. Denn nur freier Handel, nicht zuletzt ein Außenhandelsüberschuss (ergo Außenhandelsdefizit der USA) ermöglicht es Ländern wie China, Japan und Deutschland, Währungsreserven zu erwirtschaften, die sie wieder in den USA investieren können – auch um amerikanische Arbeitsplätze zu erhalten, Amerikas kreditfinanziertes Wirtschaften zu ermöglichen und die soziale und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit des amerikanischen Staates zu gewährleisten.

Vor dem Hintergrund dieser umfassenderen volkswirtschaftlichen Betrachtung gleicht Trumps Kritik am Außenhandelsüberschuss Deutschlands und an der mangelnden Bereitschaft, mehr Geld – konkret das NATO-Ziel von zwei Prozent der Wirtschaftsleistung – für (amerikanische) Rüstung auszu-

Mit Protektionismus unterminieren die USA die Fremdfinanzierung ihrer Schulden.

geben, einer „Milchjungenrechnung“. Trump hat zwar Recht, wenn er sagt, dass Europa mehr in die USA exportiert als umgekehrt. Doch das amerikanische Außenhandelsdefizit entsteht nicht, weil Europa die USA übervorteilt, sondern aufgrund von makroökonomischen Faktoren. Die Europäer verweisen in diesem Zusammenhang auch gerne auf die Attraktivität, weil Qualität, ihrer Waren. Aus amerikanischer Sicht ist ein großer Binnenmarkt mit einer wachsenden Bevölkerung ausschlaggebend. Exporte spielen daher eine geringere Rolle als bei den europäischen Staaten. Hinzu kommt, dass die hohen Binnenkonsumausgaben kreditfinanziert sind. Amerikas mangelnde Sparquote und seine exorbitante Verschuldung werden dazu führen, dass die USA auf absehbare Zeit ein Handelsdefizit haben, ja benötigen werden.

Die Europäer könnten auch in Sicherheitsfragen selbstbewusster auftreten, indem sie den Verantwortlichen in Washington aufzeigen, dass sich die USA seit Jahrzehnten nur deshalb ihre militärische Rüstung haben leisten können, weil ausländische Kreditgeber bereit gewesen sind, die zunehmende Verschuldung privater und staatlicher Haushalte in den USA zu finanzieren.

Europäische Regierungen sollten den European Defence Fund aufstocken.

Um die in den USA parteiübergreifend immer deutlicher artikulierten Forderungen an die Verbündeten nach höheren Militärausgaben zu entkräften und für die eigene Sicherheit zu sorgen, sollten europäische Regierungen den seit 2017 bestehenden Verteidigungsfonds, den European Defence Fund (EDF), aufstocken. Die durch den EDF ermöglichten Rüstungsanstrengungen sollten damit ausgebaut werden – auch in Kooperation mit amerikanischen Unternehmen. So könnten die in Washington geäußerten Befürchtungen entkräftet werden, dass Europa bei der Auftragsvergabe die USA diskriminiert, die Fähigkeiten der USA dupliziert und sich damit sicherheitspolitisch von der Schutzmacht emanzipieren will. Sie werden bereits seit Ende der 1990er-Jahre in Washington gehegt und haben durch die verstärkte europäische Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen seit 2017 zugenommen.

Die Bemühungen um ein transatlantisches Abkommen zum Abbau von Industriezöllen haben zurzeit wenig Aussicht auf Erfolg. Die EU sollte aber versuchen, das im Juli 2018 vereinbarte Abkommen über Konformitätsbewertungen abzuschließen. Dieses erleichtert es europäischen Unternehmen nachzuweisen, dass ihre Produkte den technischen Anforderungen der USA entsprechen.

Vielleicht gelingt es – in Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten in den USA – doch noch, den Geschäftsmann im Weißen Haus – oder seinen Nachfolger – zur wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Vernunft zu bringen: nämlich die US-Regierung davon zu überzeugen, dass es für die USA auch künftig vorteilhafter wäre, mit Alliierten zu kooperieren anstatt sie mit geoökonomischen Erpressungen noch anfälliger für Chinas wirtschaftliche und diplomatische Charme-Offensiven zu machen. Denn China ist im Begriff, seine Währungsreserven aus der sogenannten Dollar-Falle zu nehmen, seine Absatzmärkte zu diversifizieren, geopolitisch Raum zu greifen und neue Abhängigkeiten zu schaffen – nicht zuletzt auch in Europa.

Eine Transatlantische Allianz würde vor Chinas Offensiven schützen.

2. Die Beziehungen zwischen der EU und China

Vor dem Ausbruch des Coronavirus galt das Jahr 2020 als entscheidend für die künftigen Beziehungen zwischen Europa und China. Der mit hohen Erwartungen für September 2020 geplante EU-China-Gipfel, ein Treffen des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping mit den Spitzen der Europäischen Union, wurde wegen der Corona-Pandemie in einer Videoschleife in die Niederungen der Tagespolitik gebracht. Weder gab es Fortschritte beim Investitionsabkommen zwischen der EU und China noch wurden Ansätze deutlich, wie die sich immer deutlicher abzeichnende Konkurrenz der beiden Handelsblöcke durch Kooperation gemildert werden könnte.

Die EU-China-Beziehungen werden auf absehbare Zeit ambivalent bleiben.

Bereits vor dem „EU-China-Gipfel“ ist deutlich geworden, dass Europas Beziehungen zum Reich der Mitte auf absehbare Zeit ambivalent bleiben werden. In einem Strategiedokument vom März 2019 mit dem Titel „EU-China: eine strategische Perspektive“³⁴ benannten die Europäische Kommission und die damalige Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, vier Beziehungsebenen im Verhältnis der EU mit China: So ist China in einigen Politikfeldern, etwa beim Klimaschutz, ein Kooperationspartner und in anderen ein Verhandlungspartner, mit dem ein Interessenausgleich gefunden werden kann. Gleichwohl gilt China auch als Wettbewerber, wenn es etwa um technologische Innovation und Infrastruktur geht, und sogar als systemischer Rivale, der ein alternatives Global-Governance-Modell verfolgt.

2.1 Kooperations- und Verhandlungspartnerschaft

Europa und China wollen ihre beiderseitigen wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen wahren und etwa im Rahmen eines „gemeinsamen umfassenden Aktionsplans für den Iran“ kooperieren. Beider Bemühungen bleiben aber letztendlich zum Scheitern verurteilt, solange die USA nicht wieder am gleichen Strang mitziehen.

Im gemeinsamen Kampf gegen den Klimawandel erwartet die EU von China, dass es seine Emissionen bis 2030 begrenzt, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Die EU ist gut beraten, andere Länder, vor allem die Hauptverursacher USA und China, in die Pflicht zu nehmen. Dabei kann Europa mit gutem Beispiel vorangehen. Wurden Anfang der 1990er-Jahre noch ein Drittel (27 Prozent) der globalen Klimagasemissionen von Europa verur-

sacht, ist der Anteil der EU (mit Großbritannien) mittlerweile auf 12 zurückgegangen. Die EU versucht nunmehr, auch andere Länder, allen voran China, zu überzeugen, sich für den Klimaschutz zu engagieren. Aus gutem Grund: China verursacht heute bereits 27 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen.

Selbst Europas eigener Weg in die Klimaneutralität führt über Peking: Der für Klimatechnologien wichtige Rohstoffmarkt für seltene Erden wird von China beherrscht. Beim Ausbau der Elektromobilität wird vor allem der Bedarf an Lithium für die benötigten Batterien steigen – also auch die Abhängigkeit der Importe aus Chile und China.

Umso wichtiger erscheint es für die EU-Verantwortlichen, dass die EU und China gemeinsam daran arbeiten wollen, die regelbasierte multilaterale Weltwirtschaftsordnung zu erhalten, aus der sich die USA unter Trumps Führung zurückgezogen haben. Nachdem die USA etwa die Mittel für die Vereinten Nationen und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gekürzt haben, versucht Europa, dem zunehmenden Einfluss Chinas innerhalb dieser multilateralen Organisation kooperativ zu begegnen.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs betrachten mittlerweile US-Präsident Trump als die größte Bedrohung für das multilaterale System – und nicht Chinas Führung, in der sie einen verlässlicheren Partner sehen, etwa um die Welthandelsorganisation (WTO) zu reformieren. Doch Chinas opportunistische Interpretation von Multilateralismus unterscheidet sich grundlegend vom regelbasierten Verständnis Europas.³⁵ So verlockend Pekings harmonische „Win-win“-Rhetorik klingen mag, sein Handeln gibt europäischen Partnern auch zu denken: Bislang wurde die vom Westen an den Beitritt des Landes zur WTO geknüpfte Hoffnung, China werde sich wirtschaftlich und politisch liberalisieren, enttäuscht. In seiner Außenwirtschaftspolitik missachtet China in vielen Fällen die grundlegenden WTO-Prinzipien von Nicht-Diskriminierung und Transparenz. Zuweilen werden auch nachteilige Urteile, etwa des Internationalen Schiedsgerichtshofs im Territorialstreit mit den Philippinen, ignoriert.

Europa versucht, Chinas Einfluss in multilateralen Organisationen zu begegnen.

Ob China wirklich ein responsible stakeholder werden will, dem daran gelegen ist, die westlich dominierten Ordnungsstrukturen aufrechtzuerhalten, wird sich erst noch erweisen müssen. Die regelbasierte Ordnung und Globalisierung haben es China zwar ermöglicht, sich über Marktöffnung zu

industrialisieren und zu modernisieren. Doch die damit gewonnene weltweite Markt-Macht inspiriert eigene Ordnungsvorstellungen, zumal westliche Länder, allen voran ihre Führungsmacht USA, sich ohnehin schwertun, China ein Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht zu gewähren. Da zum Beispiel der amerikanische Kongress über fünf Jahre internationale Vereinbarungen blockierte, China mehr Mitsprache in den bestehenden, von den USA dominierten Bretton-Woods-Institutionen (Weltbank und Internationaler Währungsfonds, IWF) einzuräumen, baut China nunmehr von ihm beeinflusste Alternativstrukturen auf. Trotz großem Gegendruck der USA konnte China denn auch europäische Partner wie das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland für seine Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) gewinnen.

2.2 Wettbewerb

Verglichen mit Chinas globaler Finanz-Diplomatie sind Europas Mittel bescheiden.

Mittlerweile stellt jedoch die von Peking weltweit orchestrierte Entwicklungshilfe die Bemühungen von Weltbank und IWF in den Schatten.³⁶ Im Vergleich zu Chinas Finanz-Diplomatie nehmen sich auch Europas Mittel, die es etwa dem Nachbarkontinent Afrika, unter anderem über die Europäische Investitionsbank, gewährt, eher bescheiden aus. Aus gutem Grund will die Bundesregierung, entsprechend der Leitlinien der Europäischen Kommission, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft schwerpunktmäßig dafür nutzen, unter anderem auch die Partnerschaft mit Afrika auszubauen, um vor allem auch gegenüber China nicht ins Hintertreffen zu geraten.³⁷ Anders als Chinas Geldsegen sind europäische Zuwendungen mit unmittelbaren Forderungen verbunden. Menschenrechtsauflagen oder „Good Governance“-Bedingungen bedeuten aber einen weiteren Wettbewerbsnachteil.

Die Sorge vor unfairen Wettbewerbsvorteilen chinesischer Unternehmen gegenüber europäischen Firmen bestimmt die Debatte um den Systemwettbewerb mit China. So wird kritisiert, dass chinesische Unternehmen, die im Heimatland durch Subventionen oder vorteilhafte Kreditvergabe unterstützt werden, ihre Produkte in Europa unter Marktpreisen absetzen können. Wegen der strengeren Beihilfekontrolle des EU-Binnenmarktes sind europäische Unternehmen dagegen im Nachteil – nicht nur auf dem europäischen Binnenmarkt, sondern auch beim Wettbewerb auf Drittmärkten.

Damit sie sich auf Drittmärkten gegen ihre subventionierten Konkurrenten aus China behaupten können, sollten europäischen Unternehmen über matching clauses staatliche Beihilfen erlaubt werden, die die Marktverzerrun-

gen ausgleichen, lautet etwa eine Forderung in einem Grundsatzpapier des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI).³⁸

Bereits jetzt verfügt die EU über Handelsschutzinstrumente, die konform mit WTO-Bestimmungen sind, etwa Antidumpingzölle, die auf ausländische Importe erhoben werden können, wenn deren Preis unter einem „fairen“ Wert liegt (wenn der Exportpreis etwa unter dem Preis des Gutes im Herkunftsland liegt) und sich daraus ein wirtschaftlicher Schaden in der EU ergibt. Doch der bestehende WTO-Rechtsrahmen greift oft zu kurz; so ist es schwierig, finanzielle Zuwendungen durch bevorzugte Kreditvergabe nachzuweisen.

Um ein ausreichendes wettbewerbliches level playing field zu sichern, werden von der EU zusätzliche Schutzinstrumente gefordert. In einem White Paper³⁹ unterbreitete die EU-Kommission im Juni 2020 Vorschläge für ein Anti-Subventionsinstrument, das die Verhängung umfassender Abhilfemaßnahmen ermöglichen würde, wenn sich Verzerrungen durch ausländische Subventionen nachweisen lassen.

Gleichwohl wurde in Deutschland und Frankreich (auf höchster Ebene)⁴⁰ diskutiert, ob und in welcher Form eine europäische Industriepolitik betrieben werden soll, um in ausgewählten Sektoren „European Champions“ vor allem gegen die chinesische Konkurrenz in Stellung zu bringen. Die Diskussion entbrannte nach der untersagten Fusion von Siemens und Alstom, die mit Blick auf das chinesische Eisenbahnunternehmen CRCC angestrebt wurde. Um die Zusammenschlüsse europäischer Unternehmen als „Champions“ zuzulassen, sollten nach deren Befürwortern künftig das Wettbewerbsrecht aufgeweicht und die Beihilfe- und Wettbewerbsregeln angepasst werden, um eine aktivere staatliche Förderung industriepolitischer Projekte zuzulassen.

Europäische Unternehmen sehen sich auch bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in China benachteiligt. Oft werden sie von dem riesigen, von chinesischen Staatsfirmen dominierten Beschaffungsmarkt sogar faktisch ausgeschlossen, während europäische Ausschreibungen für chinesische Bieter grundsätzlich zugänglich sind. Demnach wird Europa seinen Druck auf China erhöhen, dem WTO-Abkommen zur öffentlichen Beschaffung (Government Procurement Agreement, GPA) zur diskriminierungsfreien Behandlung ausländischer Bewerber beizutreten.

Des Weiteren wird von der Europäischen Kommission vorgeschlagen,⁴¹ auf europäischer Ebene ein internationales Beschaffungsinstrument, das International Procurement Instrument (IPI), einzuführen, um ein wirksames

Europas Unternehmen werden bei öffentlichen Aufträgen in China benachteiligt.

Druckmittel in internationalen Verhandlungen zu haben und insbesondere den chinesischen Beschaffungsmarkt weiter zu öffnen und mehr Reziprozität beim Marktzugang herzustellen. Das IPI würde der Europäischen Kommission ein Untersuchungsrecht einräumen, um festzustellen, ob EU-Unternehmen in Bereichen, die nicht unter ein bestehendes GPA- oder Freihandelsabkommen fallen, bei der öffentlichen Auftragsvergabe in einem Drittland benachteiligt werden.

Auch bei Investitionen fordert die EU ausgewogene und wechselseitige Bedingungen.

Auch bei den Investitionen versucht die EU, ausgewogenere und wechselseitige Bedingungen zu etablieren. So soll in Verhandlungen der Zugang zum europäischen Binnenmarkt als Hebel eingesetzt werden, um Reziprozität zu schaffen, das heißt, Investitionsbeschränkungen im chinesischen Markt abzubauen. Denn bislang werden europäische Firmen in China mit umfangreichen Auflagen und sektoralen Investitionsverboten beschränkt, während chinesische Investoren in Europa weitestgehend freie Hand haben. Die seit Jahren laufenden Verhandlungen um ein reziprokes Investitionsabkommen zwischen China und der EU sollten weiter vorangetrieben werden.

Das Weißbuch der Europäischen Kommission enthält darüber hinaus Vorschläge, um staatlich subventionierte ausländische Unternehmen daran zu hindern, europäische Vermögenswerte aufzukaufen. Bislang obliegt den einzelnen Mitgliedstaaten die Kontrolle über ausländische Investitionen. Ab Oktober 2020 soll ein Investitions-Screening auf europäischer Ebene erfolgen, das verstärkte Kooperation und besseren Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten vorsieht, aber der EU-Kommission lediglich die Möglichkeit einer Stellungnahme einräumt.

Umso stärker sollten Investitionen in sicherheitspolitisch relevanten Bereichen auf EU-Ebene koordiniert werden. Denn nicht alle europäischen Länder verfügen über ein Prüfverfahren für ausländische Investitionen. Dank der Kapitalverkehrsfreiheit in Europa können bislang strengere Vorschriften eines Landes umgangen werden, indem Scheinfirmen in anderen EU-Ländern gegründet werden.

Schon seit Längerem, insbesondere seit der Übernahme des Roboterherstellers Kuka, dem Einstieg von Geely bei Mercedes Benz und dem letztlich verhinderten Versuch Chinas, Anteile des Netzbetreibers 50 Hertz zu übernehmen, wird chinesische Investitionstätigkeit in Europa kritisch gesehen. Denn mit seiner industriepolitischen Strategie „Made in China 2025“ hatte Chinas Führung das selbstbewusste Ziel formuliert, in zehn wertschöpfungsintensiven Industriesektoren die globale Marktführerschaft zu erlangen – auch um international die Standards und das künftige Wirtschaftssystem zu bestimmen.

In ökonomisch schwierigen Zeiten wird umso mehr befürchtet, dass nach einer Übernahme die Produktionsstätten und Konzernzentralen nach China verlagert würden und so Innovationstätigkeit, Wertschöpfungsanteile, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen dauerhaft verloren gingen. Die Befürchtung, dass vor allem chinesische Investoren die prekäre wirtschaftliche Lage im Zuge der Corona-Pandemie ausnutzen und notleidende europäische Unternehmen übernehmen könnten, hat die „Wettbewerbs Hüter“ auf den Plan gerufen. So verkündete Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier „Germany is not for sale“.⁴² Der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber forderte ein einjähriges Verkaufsmoratorium für europäische Unternehmen, um eine „Einkaufstour chinesischer Unternehmen“ zu unterbinden.⁴³ EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager empfahl Staatsbeteiligungen, um Firmenübernahmen durch chinesische Investoren zu verhindern.⁴⁴

In ihren Bemühungen, Marktmacht zu verhindern, ist die EU-Wettbewerbskommissarin in einem „Zwei-Fronten-Krieg“: Die Marktmacht großer US-Unternehmen wie Amazon, Microsoft und Alphabet war bereits vor Ausbruch der Pandemie problematisch. Die von den USA und immer mehr auch von China dominierte Internetwirtschaft wird im Zuge der neuen Erfahrungen und Umgewöhnungen vieler Menschen in der Corona-Zeit und der entsprechenden strategischen Neuausrichtung von Unternehmen noch dominanter werden.

Die Pandemie zwingt Menschen und Organisationen, viele ihrer Gewohnheiten aufzugeben und eröffnet neue Interaktionsmuster. Immer mehr Menschen erkennen den Nutzen neuer Technologien und legen die Scheu vor bislang Unbekanntem ab. Sie kaufen über das Internet ein, nutzen Onlinebanking oder arbeiten von zu Hause aus. Arbeitsbesprechungen und Schulungen lassen sich kostensparender per Videokonferenz durchführen. Angesichts unterbrochener Lieferketten ist für Unternehmen die Herstellung benötigter Teile vor Ort per 3D-Druck überlebenswichtig geworden. Doch in der schönen neuen Datenwelt entwickeln sich ohnehin schon dominante Firmen, nicht zuletzt aufgrund von Netzwerkeffekten, zu marktbeherrschenden Monopolen. Diesen Vermachtungen können nicht nationale Wettbewerbsgesetze, sondern nur Europas Wettbewerbspolitiken entgegenwirken.

Die Digitalisierung stellt die EU vor eine weitere Herausforderung, nämlich die Versorgung der dafür benötigten Rohstoffe sicherzustellen. Am 3. September 2020 veröffentlichte die EU-Kommission eine neue Strategie, wie sie den wachsenden Bedarf etwa seltener Erden decken und zusätzliche Abhängigkeiten von Drittländern, nicht zuletzt von China, mindern will. „Die Corona-Krise hat ein Schlaglicht darauf geworfen, wie stark wir von internationalen Lieferketten abhängig sind“, sagte der verantwortliche Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, bei der Vorstellung

Die EU-Wettbewerbskommissarin versucht an zwei Fronten Marktmacht zu verhindern.

der Strategie in Brüssel. „Wir dürfen nicht zulassen, dass wir genauso abhängig von der Einfuhr wichtiger Rohstoffe werden, wie wir es heute bei der Einfuhr fossiler Rohstoffe sind.“⁴⁵

China dominiert die Gewinnung, Verarbeitung und Herstellung dieser seltenen Metalle. Bereits in den Jahren 2010 bis 2012, als ein Territorialstreit zwischen China und Japan zu einem Handelsembargo eskalierte und eine „Krise um seltene Erden“ auslöste, wurde diese Versorgungskonzentration und Verwundbarkeit westlicher Volkswirtschaften deutlich. Den Verantwortlichen Europas wurde vor Augen geführt, dass China seine begehrten Rohstoffe auch künftig als politischen Hebel einsetzen könnte.

2.3 Systemische Rivalität

Da chinesische Investoren einer stärkeren staatlichen Kontrolle unterliegen und nicht nur unternehmerische Ziele verfolgen, macht sich in Europa die Sorge breit, Chinas Investitionen und Handelsaktivitäten könnten auch politischen Zielen dienen: um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen und dem System-Rivalen zu schaden. Diese Befürchtungen sind nicht von der Hand zu weisen, da chinesische Investitionen bereits als Druckmittel zur Verhinderung von politischen Entscheidungen eingesetzt worden sind, zum Beispiel als Griechenland, dessen Hafen in Piräus mehrheitlich in chinesischer Hand ist, eine EU-Erklärung vor den Vereinten Nationen blockierte, mit der Chinas Menschenrechtsverletzungen kritisiert werden sollten.

Chinas Seidenstraßen-Initiative wird als geoökonomische Bedrohung wahrgenommen.

Chinas Seidenstraßen-Initiative, die lange Zeit übersehen oder nicht ernst genommen wurde, wird nunmehr als geoökonomische Bedrohung gesehen. Denn Chinas Infrastrukturinvestitionen in weit über 100 Ländern machen auch vor Europa nicht Halt und unterminieren mittlerweile sogar Europas Handlungsfähigkeit in einer sich verschärfenden System-Rivalität. Chinas wirtschaftlicher Einfluss, der im Zuge seiner Seidenstraßen-Initiative systematisch ausgeweitet wird, vor allem gegenüber kleineren europäischen Ländern, und sein bilaterales Vorgehen, etwa in Foren wie dem „17+1“-Format⁴⁶, spaltet Europa. Pekings „Teile und beherrsche“-Strategie hindert die EU bereits heute daran, eine einheitliche Haltung zu Chinas Menschenrechtsverletzungen (etwa bei der Unterdrückung muslimischer Minderheiten in Xinjiang oder dem harten Vorgehen gegen die Demonstranten in Hongkong) einzunehmen.

Bislang gibt es auch noch keine gemeinsame Haltung europäischer Staaten gegenüber dem Ansinnen des chinesischen Tech-Giganten Huawei, seine

5G-Technologie in den Netzinfrastrukturen europäischer Länder zu integrieren – und diese, so die Befürchtung, offen für Chinas Einfluss und mögliche Industriespionage zu machen. Deutschland, dessen wirtschaftliche Interessen mit der Volksrepublik China besonders umfangreich sind, kann durch seine Entscheidungen die Spaltung innerhalb der EU – und im transatlantischen Verhältnis – vertiefen oder sie überwinden helfen.

Die Frage, ob Deutschland bei der Entwicklung des deutschen 5G-Netzwerks auf die Technologie des chinesischen Anbieters Huawei oder auf eine europäische Lösung (europäischen Anbieter wie Ericsson in Schweden und Nokia in Finnland) setzt, führt auch zu unterschiedlichen Auffassungen in der deutschen Politik, selbst innerhalb der Regierungspartei CDU. Nicht zuletzt aufgrund des massiven Drucks der USA ist mittlerweile auch in der deutschen Debatte klarer geworden, dass die Entscheidung für oder gegen den chinesischen Anbieter Huawei nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine geoökonomische und sicherheitspolitische Zukunftsfrage ist. Die US-Regierung drohte offen damit, Deutschland keine Geheimdienstinformationen mehr zu geben und deutsche Firmen, die mit Huawei weiterhin Geschäfte machen, zu sanktionieren.

Sollte es China gelingen, sein eigenes autoritär-digitales Modell über Teile Asiens und Afrikas hinaus weltweit zu implementieren, würde dies nicht nur europäische (und transatlantische) Bemühungen untergraben, gemeinsame globale Standards bei aufstrebenden Technologien und künstlicher Intelligenz (KI) zu entwickeln, sondern auch autoritären Versuchungen von Regierungen, selbst demokratischer Regime, Vorschub leisten. Chinas Export von Überwachungstechnologie und Techniken sozialer Kontrolle hilft nicht nur repressiven Regimen, sondern auch, illiberale Governance- und Gesellschaftsvorstellungen zu verbreiten. Nicht zuletzt etabliert China neue internationale Foren und Organisationen, die seinen eigenen Werten und Ordnungsvorstellungen entsprechen – und europäischen Werten und Interessen widersprechen.

Chinas Cyberangriffe sowie seine territorialen Ansprüche und Aggressionen im Südchinesischen Meer könnten den EU-Verantwortlichen umso mehr sicherheitspolitisch zu denken geben. Doch mit Ausnahme von Großbritannien und Frankreich – Länder mit einer geostrategischen Perspektive und den nötigen sicherheitsdienstlichen und militärischen Kapazitäten – haben die übrigen Länder Europas erst damit angefangen, die Konflikte im indopazifischen Raum in ihrem strategischen oder europäischen Interesse wahrzunehmen. Dabei hätte ein militärischer Konflikt zwischen den USA und China nicht nur weitreichende regionale, sondern auch globale Auswirkungen.

Die 5G-Technologie in Europas Netzinfrastrukturen ist auch eine Sicherheitsfrage.

2.4 Transatlantisch-pazifische China-Politik?

Washington ist sehr wohl daran interessiert und will in jedem Fall verhindern, dass ein möglicher Rivale den USA die See- oder Lufthoheit im eurasischen Raum – dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich interessantesten Gebiet dieser Erde – streitig macht und wirtschaftliche Aktivitäten der USA unterbindet oder ihnen den Zugang zu Ressourcen verwehrt. Obwohl dies selten offen ausgesprochen worden ist, haben die Militäroperationen und diplomatischen Aktivitäten der USA in den vergangenen Dekaden genau dieses zentrale Ziel verfolgt – so lautet die Analyse des Congressional Research Service, des überparteilichen wissenschaftlichen Dienstes des Kongresses.⁴⁷

Die USA und China manövrieren sich immer mehr in ein Sicherheitsdilemma: Das individuelle Streben der beiden Protagonisten nach mehr Sicherheit erzeugt am Ende mehr Unsicherheit auf beiden Seiten. Die schon seit längerem gehegte Befürchtung amerikanischer Sicherheitsstrategen, China wolle in Ostasien eine exklusive Einflussosphäre etablieren, wird durch Chinas zunehmenden Expansionsdrang genährt: seine immer aggressiver werdenden Aktivitäten, eine Sicherheitszone zu errichten und die amerikanische Interventionsfähigkeit zu unterminieren.

Die USA und China manövrieren sich immer mehr in ein Sicherheitsdilemma.

Um die für Chinas Wirtschaft – und seine politische Stabilität – überlebenswichtigen⁴⁸ indopazifischen Seewege abzusichern, baut Peking die sogenannte blue-water navy auf, das sind hochseetaugliche Marine-Einheiten, die über die Küstenverteidigung hinaus auch eine globale Machtentfaltung zur See ermöglichen sollen. Im Zuge dieser „aktiven Verteidigung“ soll zunächst der Raum innerhalb der „ersten Inselkette“ kontrolliert werden, der das durch Korea und Japan begrenzte Gelbe Meer, den westlichen Teil des Ostchinesischen Meeres mit Taiwan und das Südchinesische Meer umfasst. Der erweiterte Raum, die „zweite Inselkette“, erstreckt sich weiter östlich von den Kurilen über Japan und südostwärts über die Bonin-Inseln und die Marianen bis zu den Karolinen-Inseln.⁴⁹

Chinas raumgreifende Aktivitäten beunruhigen vor allem seine regionalen Nachbarn und drängen diese zur Zusammenarbeit in der indopazifischen Region – und nicht zuletzt auch mit der Schutzmacht USA. Chinas aggressive Aktivitäten in der Region haben bereits dazu geführt, dass die Quadrilaterale Allianz (QUAD) zwischen Australien, Indien, Japan und den USA reaktiviert wurde – ein bislang informeller Sicherheitsdialog, der eingerichtet wurde, um dem wachsenden chinesischen Einfluss im Indischen und Pazifischen Ozean entgegenzuwirken.

Während die USA schon seit Längerem engere Sicherheitsbeziehungen mit Japan und Australien pflegen, war Indien bislang um Äquidistanz zu den beiden Großmächten USA und China bemüht, um seine Unabhängigkeit zu wahren und seine Beziehungen zu China nicht zu belasten. Doch die jüngsten Spannungen zwischen China und Indien haben „die größte Demokratie“ der Welt, Indien, bewogen, sich der „ältesten Demokratie“, den USA, wirtschaftlich und militärisch anzunähern. Ebenso wollen Indien und Australien ihre Wirtschafts- und Verteidigungsbeziehungen stärken.

Mit seiner jüngsten Rede⁵⁰ räumte US-Außenminister Mike Pompeo die letzten Zweifel von Amerikas verunsicherten asiatischen Verbündeten aus und desillusionierte die Hoffnungen vieler Europäer, dass sich die USA künftig vielleicht doch noch mit dem wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg Chinas arrangieren könnten. An einem symbolischen Ort, der Richard Nixon Presidential Library, machte der amtierende US-Außenminister klipp und klar, dass die 1972 vom damaligen Präsidenten Nixon und seinem Sicherheitsberater Henry Kissinger eingeläutete Annäherungsstrategie sich als epochaler Fehler erwiesen hätte.

In seiner Rede, die an den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion erinnerte, bemühte Pompeo in bester Manier Ronald Reagans sogar religiöses Vokabular, um auch seinen Landsleuten die unüberbrückbaren System- und Werteunterschiede zu China zu verdeutlichen. Die Herrschaft der Kommunistischen Partei Chinas stelle eine Tyrannei dar, die nicht nur das chinesische Volk unterdrücke, sondern auch die „freien Nationen“ der Welt bedrohe, lautete die eher weltliche Botschaft an Amerikas Verbündete. Denn die tiefe ideologische Kluft zwischen dem demokratischen und freiheitlichen Westen auf der einen und dem marxistisch-leninistischen und totalitären Regime Chinas auf der anderen Seite sei unüberbrückbar.

Um die vom Reich der Mitte ausgehende Gefahr abzuwenden, müssten sich westliche Marktwirtschaften auch von der chinesischen Planwirtschaft entkoppeln. Pompeo forderte Amerikas Verbündete in Europa und Asien auf, gemeinsam Maßstäbe zu setzen und eine neue Gruppe gleichgesinnter Nationen zu bilden, um der chinesischen Bedrohung zu begegnen.

Aufgrund Chinas raumgreifender Aktivitäten ist es schon geographisch naheliegender, dass Pompeos mahnende Worte insbesondere bei den Verbündeten in Asien Gehör finden. Denn Chinas Volksbefreiungsarmee – so die eindringliche Warnung des US-Außenministers – habe nicht das Ziel, das chinesische Volk zu schützen, sondern die territorialen Ansprüche des chinesischen Imperiums im Südchinesischen Meer und in der indopazifischen Region zu erweitern.

Die USA werden Chinas Aufstieg mit allen Mitteln zu verhindern suchen.

Pompeos kompromisslose Botschaft irritierte nicht nur Amerikas Verbündete in Europa, sondern auch seine Schutzbefohlenen in Asien. Hatte doch die US-Regierung unter Trump jüngst einen radikalen Kurswechsel vollzogen und die asiatischen Verbündeten im Regen stehen lassen, die sich zuvor, nicht zuletzt aufgrund des geoökonomischen Drucks der Obama-Regierung, für die USA und gegen ihre wirtschaftlichen Interessen mit China entschieden hatten. Zum Entsetzen seiner Alliierten kündigte US-Präsident Trump in einer seiner ersten Amtshandlungen die US-Teilnahme an der Transpazifischen Partnerschaft (Transpacific Partnership, TPP) auf und verunsicherte sie umso mehr in der für sie existentiell wichtigen Frage, ob die USA weiterhin für ihren Schutz sorgen würden.

Denn das stärkste Argument der USA unter Obama, mit dem sie Länder wie Japan dazu bewegen konnten, sich gegen ihre wirtschaftlichen Interessen mit China zu entscheiden und sich der amerikanischen Initiative anzuschließen, die China außen vorlässt, war der Schutzschild der USA. Mit ihrer Initiative der Transpazifischen Partnerschaft, die sich explizit nicht an China richtete, reagierten die USA auf dessen Bemühungen, die Region Asien in eine Wirtschaftsgemeinschaft zu integrieren. China antwortete wiederum auf die Ausgrenzungsversuche der USA, indem es seinerseits mit der Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) ein Forum gründete, zu dem die zehn ASEAN-Staaten⁵¹ sowie Australien, China, Indien, Japan, Südkorea und Neuseeland, nicht jedoch die USA, gehören sollen.

In der asiatisch-pazifischen Region geht es um geoökonomische Interessen.

Mit der Transpazifischen Partnerschaft sollte seinerzeit das Kernstück von Amerikas vielbeachteten, aber in Asien zwischenzeitlich angezweifelt „Hinwendung nach Asien“ untermauert werden. Laut Michael Froman, damals Handelsbeauftragter der USA und davor als Stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater für Wirtschaftsfragen zuständig, ging es nicht nur um „ökonomische“, sondern auch um „strategische“ Ziele, die in der asiatisch-pazifischen Region verfolgt werden müssen: „In wirtschaftlicher Hinsicht würde TPP eine Gruppe zusammenbinden, die 40 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und ein Drittel des Welthandels repräsentiert. Strategisch gesehen ist TPP der Weg, über den die USA in Zusammenarbeit mit knapp einem Dutzend weiterer Länder (ein weiteres halbes Dutzend in Wartestellung) eine Führungsrolle einnehmen können, um die Regeln in einer entscheidenden, im Wandel begriffenen Region zu bestimmen.“⁵² US-Verteidigungsminister Ashton Carter brachte noch schwereres rhetorisches Geschütz in Stellung: Für ihn sei das transpazifische Handelsabkommen „genauso wichtig wie ein weiterer Flugzeugträger“.⁵³

Angesichts der ökonomischen und geopolitischen Perspektiven in der Wachstumsregion Asien-Pazifik gerieten der „Alte Kontinent“ und die transatlantischen Freihandelsgespräche mit den Europäern ins Hintertreffen. Zwar sind die Verhandlungen auch von europäischer Seite belastet worden, indem etwa die französische Regierung entsprechend ihrer Praxis der exception culturelle Kulturgüter vom Verhandlungstisch nehmen wollte und die amerikanische Seite darin bestärkte, ihrerseits Ausnahmen durchzusetzen. Auch in Deutschland hatte sich immer mehr Widerstand von Umwelt- und Verbraucherschützern sowie Globalisierungsgegnern formiert. Während 2014 noch sechs von zehn Deutschen ein transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) für eine „gute Sache“ hielten, ist die Zustimmung ein Jahr später merklich gesunken. Ab 2015 konnten sich nur noch wenige, vier von zehn Deutschen, mit TTIP anfreunden.⁵⁴

Die TTIP-Befürworter der deutschen Industrie und die ihren Positionen nahestehenden Experten taten sich auch sehr schwer damit, die Argumente renommierter Ökonomen wie des amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträgers Joseph Stiglitz auszuräumen, die sich offen gegen die Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft aussprachen: „Es sind keine gleichberechtigten Partnerschaften: Faktisch diktieren die USA die Bedingungen. Zum Glück leisten Amerikas ‚Partner‘ zunehmend Widerstand.“ Stiglitz betonte, dass Übereinkommen wie TTIP und TPP deutlich über den Handel hinausreichen: „Sie regeln auch Investitionen und geistiges Eigentum und zwingen den Rechts-, Justiz- und Regulierungssystemen der beteiligten Länder grundlegende Änderungen auf – und zwar ohne Einfluss oder Rechenschaftspflicht demokratischer Institutionen. Der vielleicht unfairste – und unehrlichste – Bestandteil derartiger Übereinkommen betrifft den Investorenschutz.“⁵⁵

Angesichts der Wachstumsregion Asien-Pazifik geriet Europa ins Hintertreffen.

Die Kritik in Deutschland wurde auch deshalb lauter, weil durch die Spionageangriffe der USA das Vertrauen der Deutschen nachhaltig beschädigt wurde. Wenn TTIP-Befürworter in Deutschland die ebenso kritisierte mangelnde Transparenz der Verhandlungen mit dem Argument begründeten, man würde mit zu viel Öffentlichkeit die eigene Verhandlungsposition gegenüber den Amerikanern schwächen, übersahen sie, dass die US-Verhandlungsführer ohnehin um die vermeintlich geheimen Verhandlungsstrategien der Europäer Bescheid wussten: Nicht nur die Kommunikation der deutschen Kanzlerin, sondern auch die der Europäischen Union ist von der National Security Agency (NSA), dem größten Auslandsgeheimdienst der USA, seit längerem ausspioniert worden.

2.5 Empfehlungen für eine „globale Allianz der Demokratien“

Erinnerungsvermögen schützt vor transatlantischer Nostalgie und Wunschdenken.

Wer sich noch an die bisherigen Bemühungen und Probleme erinnert, ist gegen transatlantische Nostalgie und Wunschdenken gewappnet und kann die heutige Konfliktlage nüchtern betrachten. Bei der derzeitigen transatlantischen Auseinandersetzung um Huawei kann man davon ausgehen, dass Washingtons Warnungen vor chinesischer Spionage in Europa durchaus ernst genommen werden – zumal eine Weltmacht wie die USA, die ihrerseits 16 Geheimdienste unterhält, wohl am besten weiß, welche Aktivitäten zweckmäßig sind und auch einer anderen, zumal rivalisierenden Großmacht jene Fähigkeiten und Absichten unterstellt, die sie selbst hat. Die Bemühungen der USA, Europa vor Chinas Einfluss zu schützen, wären aber annehmbarer für seine Alliierten gewesen, wenn Washington nicht im gleichen Zug eine europäische Lösung – Ericsson und Nokia – kategorisch ausgeschlossen und nicht auch noch versucht hätte, die beiden Konzerne unter US-Kontrolle zu bringen.

Wenn die USA tatsächlich an engeren Sicherheitsbeziehungen mit Europa interessiert sind, dann sollten sie (dieses Mal) ernsthaft ein Angebot erwägen, die Staaten der EU in einen engeren geheimdienstlichen Austausch einzubeziehen. Um nach dem NSA-Abhörskandal insbesondere die deutsche Kritik zu beschwichtigen, wurde bereits einmal taktisch erwogen, Deutschland in die „Five Eyes“ aufzunehmen, eine Geheimdienstallianz, die Australien, Kanada, Neuseeland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten umfasst.

Damit die europäischen und asiatischen Alliierten in strategischer Sicht auch künftig bereit sind, ihre wirtschaftlichen Interessen mit China preiszugeben, um weiterhin Schutz von den USA zu erhalten, wird die Schutzmacht ihrerseits dafür sorgen müssen, dass die Pax Americana in den Augen der Alliierten wieder glaubwürdiger und verlässlicher wird. Damit könnte einmal mehr die NATO gefragt sein – und wiederholt dazu aufgefordert werden, sich den neuen Sicherheitsbedingungen des 21. Jahrhunderts anzupassen.

Die konfrontative Rede des US-Außenministers Pompeo repräsentierte zum einen die in den USA mittlerweile parteiübergreifend härtere Haltung gegen China.⁵⁶ Sie nährte zum anderen auch die Hoffnung, dass die USA künftig wieder mehr die Beiträge von Alliierten wertschätzen könnten. Pompeos Aufruf, „eine neue Gruppierung gleichgesinnter Nationen, ein neues Bündnis von Demokratien“⁵⁷ zu schießen, erinnert doch sehr an die alte Idee einer „globalen NATO“. So forderte bereits 2007 der damalige Präsident-

schaftsbewerber der Republikaner, Senator John McCain, eine „League of Democracies“. Der neue „weltweite Bund von Demokratien“ sollte das Kernelement einer freiheitlichen und friedlichen Weltordnung bilden.⁵⁸

Diese in ihren Grundzügen von der Clinton-Administration inspirierte Idee wurde auch schon seit Längerem von Demokraten und den ihnen nahestehenden Experten in Think Tanks befürwortet. Eine „Allianz der Demokratien“, die auch in Form einer „globalen NATO“ denkbar wäre, könnte, so die amerikanischen Vordenker – mit den Vereinten Nationen konkurrieren oder als Alternative bereitstehen, wenn es künftig darum geht, Effizienz, Legitimation und damit auch Lastenteilung zu verbinden. Ein solches Bündnis genuin demokratischer Staaten würde von der amerikanischen Bevölkerung unterstützt und böte auch den Europäern „größere Mitwirkungschancen“, urteilten zum Beispiel die Sicherheitsexperten renommierter Think Tanks wie der Brookings Institution und des Council on Foreign Relations.⁵⁹

Diese Idee ist in den USA also schon seit Längerem partei- und verschiedene außenpolitische Denkschulen übergreifend angedacht – von den Europäern aber bislang abgelehnt worden, auch als sie von dem hierzulande beliebten Barack Obama rhetorisch verbindlicher und netter artikuliert wurde: Die „großartigste Allianz, die je gebildet wurde, um unsere gemeinsame Sicherheit zu verteidigen“ – wie US-Präsidentschaftskandidat Obama 2008 die NATO an der Siegestsäule in Berlin pries – muss sich an die neuen geopolitischen Rahmenbedingungen und die strategischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen.⁶⁰ In seiner Berliner Rede stellte Barack Obama die rhetorische Frage, ob es denn nicht auch gelingen könnte, „eine neue und globale Partnerschaft zu etablieren“. Obama wies dabei auf die transatlantische Beziehung hin, machte aber auch deutlich, dass sich Amerika und Europa nicht von der Welt abwenden sollten, um der „Last globaler Staatsangehörigkeit“ und Verantwortung zu entgehen. „Ein Wechsel der politischen Führung in Washington wird diese Last nicht beseitigen“, warnte er. Es sei nunmehr an der Zeit, „neue, global übergreifende Brücken“ zu bauen, die genauso stark sein sollten wie die transatlantische Verbindung, um die größer werdenden Belastungen zu tragen.⁶¹

Eine „Allianz der Demokratien“ wäre auch in Form einer „globalen NATO“ denkbar.

Obwohl dann US-Vizepräsident Joe Biden als Vertreter der „neuen Regierung“ in seiner Rede im Februar 2009 bei der Münchner Sicherheitskonferenz rhetorisch „ein neues Zeitalter“ ankündigte, benannte er einen – bis heute aktuellen – Aufgabenkatalog zur „Erneuerung der NATO“, der inhaltlich im Großen und Ganzen auch so von der Vorgängerregierung formuliert wurde – und auch von einer künftigen US-Regierung wiederaufgenommen werden könnte. Demnach bleibe die Hauptaufgabe der NATO die kollektive Verteidigung ihrer Mitglieder. Doch angesichts „neuer Bedrohungen“ und

„neuer Realitäten“ benötigten die Bündnispartner „neue Entschlossenheit“, sie zu meistern, und „neue Fähigkeiten“, um „innerhalb und außerhalb“ des Bündnisgebietes effektiver zu handeln.⁶²

**Eine „globale NATO“
würde vor allem von
einer Biden-Regierung
gefordert.**

Diese Stoßrichtung ist weiterhin aktuell. Die Vordenker in amerikanischen Think Tanks und politischen Protagonisten werden ihre Ideen, vor allem im Falle einer Biden-Regierung, zur Wiedervorlage bringen und gegebenenfalls selbst mithelfen, sie umzusetzen. Europäische Entscheidungsträger sollten sich darauf einstellen und sich bereits heute mit der Idee einer globaler denkbaren NATO auseinandersetzen, deren vielfältigen Aufgaben nicht nur die Landesverteidigung, sondern auch die vitalen Interessen der Sicherung der Handels-, Energie- und Datenströme umfassen.

3. Energiepolitik

Die von der Corona-Pandemie ausgelöste Weltwirtschaftskrise verschärft die Probleme auf den globalen Energiemärkten fossiler Energieträger. Die durch die „Shale Gas Revolution“ vermeintlich energieunabhängige US-Wirtschaft und insbesondere seine Öl- und Gasindustrie sind nicht nur durch den Einbruch der Nachfrage, sondern auch durch ein Überangebot im Zuge des Öl-Preiskrieges führender Produzenten bedroht. Die wirtschaftliche Bedrohung, insbesondere der amerikanischen Öl- und Gasindustrie, gefährdet Trumps Wiederwahl und verstärkt das nationalistische Nullsummendenden des Amtsinhabers im Weißen Haus. Doch US-Präsident Trumps kurzsichtiges geoökonomisches Vorgehen gegen die Hauptkonkurrenten auf den internationalen Öl- und Gasmärkten – sei es gegen Saudi-Arabien, Russland oder den Iran – geht nicht nur auf Kosten wirtschaftlicher Interessen alliierter Länder in Europa, sondern schadet auf lange Sicht den USA selbst und hilft ihrem globalen Rivalen China.

3.1 Doppelkrise: Nachfrageeinbruch und Überproduktion

Die Corona-Pandemie und die von ihr ausgelöste Weltwirtschaftskrise sind ein Katalysator, der die bestehenden Dynamiken der globalen Energiemärkte verschärft. Schon seit längerem haben Erdölproduzenten und ihre Financiers mit einem peak demand, einer künftig stagnierenden, in den OECD-Ländern ja sogar rückgängigen Nachfrage nach fossilen Brennstoffen, gerechnet.⁶³ Neue Antriebstechnologien und ein geschärftes Umweltbewusstsein gelten als Treiber einer Energie-Transformation.

Die größten Produzenten fossiler Brennstoffe, namentlich die USA, Saudi-Arabien und Russland, reagierten auf den durch die Corona-Wirtschaftskrise bewirkten Nachfrageeinbruch denn auch nicht langfristig orientiert, indem sie etwa durch Absprachen ihre Förderung und damit das Angebot verknappten, um den Preisverfall einzudämmen. Vielmehr handelten allen voran Saudi-Arabien und Russland zunächst im Sinne eines hit and run auf kurze Sicht: Im Bewusstsein um das absehbare Ende des Erdölzeitalters versuchten die Hauptproduzenten, in der verbleibenden Zeit noch möglichst viel Kapital aus ihren Ressourcen zu schlagen. Im Vergleich zu den kostengünstigeren Produzenten Saudi-Arabien und Russland sind die USA bei diesem Verdrängungswettbewerb jedoch im Nachteil. Leidtragende des Ölpreisverfalls ist insbesondere die amerikanische Fracking-Industrie.

Die Corona-Pandemie verschärft die Dynamiken globaler Energie-Märkte.

Die US-Regierung unter Donald Trump hat diesem Markttreiben jedoch nicht tatenlos zugesehen. Sie wird auch weiterhin mit aller wirtschaftlichen und militärischen Macht ihre Öl- und Gas-Industrie zu schützen versuchen – und mit ihrem geoökonomischen Vorgehen insbesondere auch Europas Energie- und Wirtschaftsinteressen massiv beeinträchtigen.⁶⁴

Amerikas geoökonomisches Vorgehen beeinträchtigt Europas Interessen.

3.2 Geoökonomie der USA: Strategie kommt China zugute

Geoökonomische Machtprojektion und das Denken in Einflussphären zerstört das von US-Verantwortlichen ehemals gepredigte Markt-Ideal freien Handels, den sogenannten Washington-Konsensus. Gleichwohl herrschte auch in der Vergangenheit auf den Energie-Märkten kein freier Wettbewerb. Bislang mussten die USA der Marktmacht der Energieproduzenten ihre Militärmacht entgegenhalten. „Sicherheit für Öl“ lautet der Deal mit Saudi-Arabien. Die Schutzmacht USA hat dafür gesorgt, dass die Ölmonarchie Saudi-Arabien stabil blieb. Im Gegenzug trug Riad mit seiner Ölproduktion dafür Sorge, dass der Ölpreis nicht allzu sehr stieg und die westlichen Volkswirtschaften beschädigte, wie seinerzeit in der Ölkrise von 1973, als die Mitglieder der Organisation arabischer Erdölexportländer ein Ölembargo forcierten.

Seitdem die USA dank des „Fracking“-Booms auf den internationalen Energiemärkten zum Nettoexporteur aufgestiegen sind, also mehr Öl und Gas exportieren als sie importieren, feiern Entscheidungsträger und Experten gleichermaßen die seit den 1970er-Jahren angestrebte „Energieunabhängigkeit“. In Trumps utilitaristischem Denken ist Energie nun auch für die USA ein wirksames Mittel zum geostrategischen Zweck – eine Ressource und Instrument zur Machtausübung. „Wir haben echte Unabhängigkeit. Aber was wir jetzt wollen, ist nicht Unabhängigkeit; wir wollen eine amerikanische Energiedominanz. Dominanz.“ So erläuterte US-Präsident Trump das neue selbstbewusste Denken im Weißen Haus in seiner Ansprache vor Arbeitern des Shell Pennsylvania Petrochemicals Complex in Monaca, Pennsylvania.⁶⁵ „Energiedominanz“ lautet das neue Schlagwort auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA.⁶⁶

So wird Saudi-Arabien von der US-Regierung, wenn nötig, daran erinnert, dass die Sicherheit der Ölmonarchie vom militärischen Schutz der USA abhängt und nunmehr zur Mäßigung seiner Produktion angehalten, damit nicht ein weiterer Ölpreisverfall die amerikanische Energieproduktion in den Ruin treibt. Ebenso werden die europäischen Alliierten aufgefordert, Tribut für die Pax Americana zu zollen, indem sie anstelle des billigeren russischen

Gases umso mehr „Freiheitsgas“⁶⁷ (freedom gas) aus den USA beziehen und für die zum Transport nötige Infrastruktur, etwa Flüssiggasterminals, bezahlen. Wer in Europa mit Geschäften im Iran rechnet, hat ebenso die Militär- und Wirtschaftsmacht der USA unterschätzt. Die USA werden den Iran durch (Sekundär-)Sanktionen weiterhin von der Förderung seiner üppig vorhandenen Ressourcen abhalten.⁶⁸ Aber diese geoökonomischen Maßnahmen sind nicht nur ökonomisch, sondern auch geostrategisch zu kurz gedacht. Auf lange Sicht schaden sie den USA und ihren Alliierten und helfen China.

3.2.1 Deal mit Saudi-Arabien: Sicherheit für weniger Öl

Der mit Amerikas Militär-Macht unterlegte Deal mit der von Saudi-Arabien angeführten OPEC wird auf lange Sicht nicht die amerikanische Öl- und Gasindustrie retten können. Der mit dem Deal nur kurzfristig eingedämmte Verdrängungswettbewerb der führenden Anbieter USA, Saudi-Arabien und Russland, bei dem die US-Industrie auch mit sehr viel schlechteren wirtschaftlichen Produktionsbedingungen zu kämpfen hat, wird am Ende vor allem Chinas Nachfragemarktmacht erhöhen.

Der enorme Einbruch der Nachfrage im Zuge der Corona-Krise, etwa 20 Millionen Fässer pro Tag,⁶⁹ bedroht die Existenz der ohnehin schon angeschlagenen Fracking-Industrie in den USA. Baker Hughes, eine der weltweit führenden Erdöl-Service-Gesellschaften, meldete Mitte April 2020 weitere 66 Bohrlöcher (rigs) weniger – der größte wöchentliche Rückgang seit Februar 2015! Im vorherigen Monat war die Gesamtzahl um mehr als 35 Prozent gesunken, auf 529 noch aktive Bohrlöcher in den USA. Bei der jüngsten Zählung, am 7. August 2020, waren nur noch 247 „rigs“ aktiv.⁷⁰ Dieser Einbruch wird weitere Wirkungen, nämlich auf die Zuliefer-Industrie, zeitigen. Denn die „Rig-Zählung“ gilt als Frühindikator für die Nachfrage nach Produkten, die beim Bohren, Vervollständigen, Herstellen und Verarbeiten von Kohlenwasserstoffen verwendet werden.

Während des Corona-bedingten Nachfrageeinbruchs sind die Sorgen der Öl- und Gas-Industrie in den USA umso größer geworden. Zunächst bewog Russlands Weigerung, seine Produktion zu kürzen, Saudi-Arabien, einmal mehr in den Preiskrieg gegen die Mitproduzenten zu ziehen. Damit drückte es den Ölpreis umso stärker, auf unter 30 Dollar pro Fass. Im Zuge des Preiskrieges sind die Ölpreise weiter, zwischenzeitlich sogar in den Keller, gerutscht. Mitte April 2020 war die Notierung des Referenzpreises für US-amerikanisches Öl (West Texas Intermediate, WTI) sogar negativ. Weitere US-amerikanische Öl- und Gas-Unternehmen und die von ihr direkt und in-

Der Nachfrageeinbruch in der Corona-Krise bedroht die US-Fracking-Industrie.

direkt abhängigen 10 Millionen Arbeitsplätze waren gefährdet und drohten die von der Corona-Pandemie beeinträchtigte US-Wirtschaft noch mehr in Mitleidenschaft zu ziehen.⁷¹

**Die prekäre Lage
in Öl- und Gas-Förder-
staaten gefährdet
Trumps Wiederwahl.**

Dieser Preisverfall gefährdete auch Trumps Wiederwahl, die vom Wohlergehen der US-Wirtschaft und nicht zuletzt auch von der Lage in hart umkämpften Einzelstaaten (battleground states) wie Pennsylvania und Ohio abhängt, in denen die amerikanische Fracking-Industrie besonders betroffen ist. Donald Trump übte deshalb enormen Druck auf Saudi-Arabien aus. Dabei erhielt er auch Schützenhilfe vom Kongress. US-Senatoren, die erdölproduzierende Einzelstaaten in Washington repräsentieren, drohten sogar offen damit, der Ölmonarchie den militärischen Schutz der Weltmacht zu verweigern, falls Saudi-Arabien nicht seine Produktion einschränkte und amerikanischen Produzenten helfe, wirtschaftlich zu überleben.⁷²

Die seit Jahrzehnten bewährte Verbindung der USA mit Saudi-Arabien (Stichwort: „Sicherheit für Öl“; nunmehr, seitdem die USA selbst wieder Öl-exporteure sind, ironischerweise „Sicherheit für weniger Öl“) und weitere Gespräche in Russland haben sich – vorläufig – ausgezahlt: Am 12. April 2020 einigten sich die von Saudi-Arabien angeführten OPEC-Produzenten mit Russland und den USA auf Mengenbeschränkungen. Ab Mai 2020 sollte weniger produziert werden, in den ersten beiden Monaten sogar eine Rekord-Reduzierung von täglich knapp 10 Millionen Fässern bewerkstelligt werden, wobei Saudi-Arabien und Russland den Löwenanteil übernehmen. Der von den USA forcierte Deal kam zur rechten Zeit, die Märkte beruhigten sich etwas⁷³ und Donald Trump wähnt sich als Gewinner, denn die Produktionsbeschränkung der USA treffen die US-Produzenten nicht wirklich: Aufgrund der niedrigen Marktpreise und der Preissensitivität der amerikanischen Schieferölproduktion müssen sie aus wirtschaftlichen Gründen ohnehin ihre Förderung drosseln.

Sollten die Preise dank der vereinbarten Beschränkungen der anderen Produzenten jedoch wieder merklich steigen, wird wohl auch die Produktion in Amerika wieder über das vereinbarte Maß hinaus ansteigen – und damit den Deal gefährden. Um dann nicht Marktanteile an die US-Produzenten zu verlieren, würden ihrerseits Saudi-Arabien und Russland schnell ihre Produktionsbeschränkungen ignorieren – nicht zu sprechen von OPEC-Staaten wie Irak und Nigeria, die sich in der Vergangenheit ohnehin nicht an Vereinbarungen gehalten haben.⁷⁴

Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit geben weitere Gründe für diese Erwartung: Anders als von den meisten Experten prognostiziert, haben die Saudis bereits 2015 auf die erhöhte Produktion der US-Fracking-

Industrie schon nicht mit einer Begrenzung ihres Angebots reagiert, um den Preisverfall zu verhindern. Im Bewusstsein ihres strategischen Vorteils, der darin besteht, dass sie zu weit günstigeren Konditionen produzieren können und einen längeren Atem haben als die amerikanische Konkurrenz, haben sie ihre Produktion sogar noch erhöht, um die Preise weiter nach unten zu treiben. Bereits der damalige Preiskampf zeigte unmittelbare Wirkung. Viele US-Unternehmen, die von Anfang an nur mit geliehenem Geld arbeiteten, konnten alsbald nicht mehr ihre Produktionskosten decken. Als im Sommer 2015 der Ölpreis auf knapp über 50 Dollar pro Fass fiel, reduzierte sich auch die Zahl der Bohrlöcher auf 645 – von über 1.500, die noch ein Jahr zuvor gezählt wurden.⁷⁵ Viele der kleinen und mittelgroßen Produzenten mussten Konkurs anmelden. Überlebt haben größere Unternehmen, die sich in der Phase niedriger Preise länger über Wasser halten können, weil sie finanzstärker sind und ihre Geschäftsbereiche diversifiziert haben.⁷⁶ Die Verantwortlichen in Saudi-Arabien haben also bereits einmal dafür gesorgt, dass die Fracking-Blase in den USA platzte und der amerikanische Energiemarkt weiter konsolidierte.

Selbst wenn der aktuelle „Deal“ Bestand haben sollte, wird Saudi-Arabien mit Argusaugen darauf achten, seine Marktanteile in Asien – der künftig noch wichtiger werdenden Nachfrageregion⁷⁷ – zu verteidigen. So hat Saudi Aramco, der staatlich kontrollierte Öl-Gigant des Königreichs, seine Preise regional diversifiziert und für Asien niedriger angesetzt.⁷⁸ Auch über den vorläufigen Waffenstillstand hinaus dürfte das ressourcenhungrige China Hauptnutznießer dieses Preiskrieges sein. In dem absehbar härter werdenden Kampf der Produzenten um künftig weiterhin schrumpfende Gesamtnachfrage wird sich die Macht der Nachfrager und insbesondere jene des größten Energie-Konsumenten China weiter erhöhen.

3.2.2 „Freedom Gas“ gegen Russland

Bereits heute spielt Amerikas Druck auf Russland und seine europäischen Abnehmer dem Reich der Mitte in die Hände. Amerikanische Verhandlungsführer haben denkbar schlechte ökonomische, aber auch kurzsichtige geopolitische Argumente gegen Deutschland und die weiteren am Konsortium beteiligten europäischen Länder wegen ihrer Nord-Stream-2-Pläne, wonach noch mehr russisches Erdgas aus den Feldern Sibiriens über St. Petersburg bis nach Greifswald transportiert werden soll. Im Vergleich zum russischen Erdgas kommt Amerikas Flüssiggas (Liquefied Natural Gas, LNG), das mit Schiffen und in den Häfen über von der EU zu finanzierende Terminals transportiert werden muss, viel teurer – wenn man wirklich marktwirtschaftliche Kriterien bei der Entscheidungsfindung zugrunde legt.

Amerikas Druck auf Russland und seine europäischen Abnehmer hilft China.

Doch die Trump-Regierung bemüht nicht marktwirtschaftliche Logik, sondern das ebenso zu kurz gedachte geoökonomische Argument, wonach Europa für seine Sicherheit auch bei seiner Energieversorgung einen höheren Preis (an die Schutzmacht USA) zu zahlen habe. Deutschland kaufe sein Erdgas für Milliarden Euro von Russland, verlasse sich jedoch als Trittbrettfahrer auf die USA, die Deutschland vor allem vor russischer Aggression bewahre, lautete Trumps vehemente Kritik beim NATO-Gipfel im Juli 2018 in Brüssel.⁷⁹

Diese Sicht ist vergangenheitsorientiert und dabei auch noch geschichtsvergessen. So versuchte etwa auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mäßigend auf Trump einzuwirken, mit dem Verweis, dass selbst während des Kalten Krieges Russland immer ein verlässlicher Energielieferant des Westens war. Des Weiteren hätte man anfügen können, dass die vermeintlich energieunabhängigen USA ihrerseits bis heute Erdöl aus Russland importieren. Und auf längere, geostrategische Sicht steht für die USA und ihre westlichen Verbündeten nicht Russland, der Gegenspieler aus längst vergangenen Zeiten des Kalten Krieges, im Zentrum der Sicherheitsüberlegungen, sondern die aufstrebende Macht China.

**Westliche Sanktionen
bestärken Putin,
seine Asien-Strategie
zu forcieren.**

Strategisch denkende US-Sicherheitsexperten, etwa von der Brookings Institution,⁸⁰ befürchten schon seit Längerem, dass Sanktionen im Energiebereich den USA selbst schaden – unmittelbar und auf lange Sicht: Sie bestärken den russischen Präsidenten Wladimir Putin darin, seine nach Asien gerichtete Diversifizierungsstrategie mit noch größerer Dringlichkeit zu forcieren. Die russische Führung wird versuchen, ihre Kundschaft auszuweiten. Neben Europa sollen nach den Plänen des Kremls künftig auch energiebedürftige asiatische Länder, allen voran China, mit russischen Rohstoffen versorgt und damit Einnahmen und Regime dauerhaft gesichert werden. Über eine östliche Route (Power of Siberia) und eine westliche Route (Altai Gas Pipeline) wird künftig russisches Gas nach China gepumpt. Einige Beobachter sprechen sogar schon von einer „umfassenden strategischen Partnerschaft“.⁸¹

3.2.3 „Maximaler Druck“ auf den Iran

Auch von den seit Mai 2019 wieder voll wirksamen US-Sanktionen gegen den Iran könnte China einmal mehr gewinnen. Bis zu der von den Europäern federführend ausgehandelten und von der Obama-Regierung gebilligten Einigung im Nuklearstreit profitierte das Reich der Mitte bereits davon, dass andere, etwa ein japanisches Konsortium (Inpex Corp), Vereinbarungen mit dem Iran aufgekündigt haben, um nicht gegen die von den USA forcierten Sanktionen gegen den Iran zu verstoßen.⁸² Die USA beeinflussten auch die Entscheidung Indiens, auf den Bau der geplanten Iran-Pakistan-Indien-

Pipeline zu verzichten und damit dem iranischen Regime diese wirtschaftliche Unterstützung zu entziehen. Europäische Firmen hatten ihr Engagement ebenfalls eingeschränkt, um gemeinsam mit den USA den Druck auf den Iran zu erhöhen, sein Nuklearprogramm aufzugeben.

Als mit dem von den Europäern eingefädelten Wiener Atomabkommen von 2015, dem Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), der Iran bis auf Weiteres auf Atomwaffen verzichtete, wurden ihm im Gegenzug ein ziviles Atomprogramm eingeräumt und die Wirtschaftssanktionen aufgehoben. Demnach begannen die Wirtschaftsvertreter westlicher Länder um die besten Investitionsmöglichkeiten im Iran zu buhlen. So erwartete der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) Geschäftsvorteile für deutsche Unternehmen. „Insbesondere die Modernisierung der Ölindustrie eröffnet große Marktchancen für deutsche Maschinen- und Anlagenbauer“, sagte der damalige BDI-Präsident Ulrich Grillo euphorisch.⁸³ Experten bezifferten den Investitionsbedarf im Ölsektor auf über 200 Milliarden Dollar. Ebenso witterten Automobil- und Flugzeughersteller das große Geschäft in traditionell von europäischen Firmen dominierten Märkten. Allein die staatliche Zivilflugorganisation Irans stellte Investitionen in Höhe von knapp acht Milliarden Dollar in Aussicht, um die veraltete zivile Flugzeugflotte Irans zu erneuern. In der nächsten Dekade wollten iranische Fluggesellschaften mehr als dreihundert Flugzeuge kaufen.⁸⁴

Donald Trump, der im Januar 2017 als 45. Präsident der Vereinigten Staaten in das Weiße Haus einzog, machte jedoch auch den europäischen Unternehmern einen Strich durch ihre Rechnung, indem er sein Wahlversprechen einlöste und am 8. Mai 2018 das Abkommen einseitig aufkündigte, obwohl der Iran seine Verpflichtungen einhielt.⁸⁵ Die europäischen Vertragsparteien – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – haben (ebenso wie die Mitunterzeichner Russland und China) indes daran festgehalten und mittels der am 29. Januar 2019 gegründeten Zweckgesellschaft INSTEX (Instrument in Support of Trade Exchanges) versucht, die US-Sanktionen zu umgehen und den Zahlungsverkehr für Iran-Geschäfte aufrechtzuerhalten. Doch INSTEX erwies sich bislang als wirkungslos gegenüber den US-(Sekundär-) Sanktionen. Europa kann dem geoökonomischen Druck der USA nicht standhalten, weil auch europäische Firmen wissen, wo der größere Markt ist: nicht im Iran, sondern in den USA. Wer in den Vereinigten Staaten Geschäfte machen oder Geschäfte über den Dollar abwickeln will, muss sich wohl oder übel der Wirtschafts- und Militärmacht USA beugen.

Jedoch könnte China einmal mehr Nutznießer der seit Mai 2019 wieder voll wirksamen US-Sanktionen und des „maximalen Drucks“ der USA sein. Enttäuscht von den Europäern, versucht der Iran nunmehr mit seiner „Look to

Auch von den US-Sanktionen gegen den Iran könnte China einmal mehr gewinnen.

the East“-Strategie Alternativen in Asien zu finden und Wirtschaftsbeziehungen mit Asiens führenden Mächten auszubauen. Anders als die meisten europäischen Staaten durften nach dem Ermessen der USA nur noch ausgewählte Länder wie China, Indien und Japan insbesondere noch Öl und Gas aus dem Iran importieren, jedoch auch nur, bis die ihnen von der US-Regierung am 5. November 2018 für sechs Monate gewährte Ausnahmeregelung von den Sanktionen ausgelaufen war.

China ist indes weiterhin insbesondere daran interessiert, Energielieferanten und Lieferwege zu diversifizieren, weil dessen wirtschaftliche Entwicklung und militärische Aufrüstung von Energieimporten abhängen. Doch Chinas Energieversorgung aus dem Mittleren Osten kann vielerorts durch die USA blockiert werden – nicht zuletzt an der Straße von Hormus, dem wichtigsten Wasserweg auf dem Handelsweg von Europa nach Asien, dessen Sperrung umfangreiche Öllieferungen aus dem Mittleren Osten verhindern würde.

In einer möglichen Auseinandersetzung wäre dieser „Engpass“ (choke point) der internationalen Energieversorgung ein zweischneidiges Schwert: Bezeichnenderweise droht auch das iranische Regime unverhohlen damit, die Lebensader westlicher Wirtschaften zu blockieren, sollten mit den US-Sanktionen seine Öl- und Gas-Exporte und damit Überlebensfähigkeit gefährdet werden. Die USA würden eine Blockade wiederum als Bedrohung ihrer vitalen Interessen sehen und militärisch dagegen vorgehen.

Die USA werden einer globalen Kräfteverschiebung im Nahen Osten entgegenwirken.

Anders als von vielen Beobachtern erwartet, haben sich die USA wegen ihrer vermeintlichen Energieunabhängigkeit im Zuge der „Shale Gas Revolution“ und ihrer Umorientierung nach Asien, dem von der Obama-Regierung angekündigten pivot to Asia, nicht vom Mittleren Osten abgewendet; im Gegenteil: Die Weltmacht USA wird einer möglichen globalen Kräfteverschiebung in dieser geostrategisch wichtigen Region nicht tatenlos zusehen.

Amerikanischen Geostrategen ist unter anderem auch nicht verborgen geblieben, dass der Iran, die Türkei und Katar gemeinsame geoökonomische Pläne schmieden. Die sogenannte „Middle Eastern Entente“⁸⁶ will sich mitunter auch gegen die USA und deren Sanktionen zur Wehr setzen. Unter anderem sollen katarisches und iranisches Öl und Gas mit Pipelines über den Iran, Irak und Syrien zum Mittelmeerhafen Latakia gepumpt werden.⁸⁷ Es ist von Vorteil, dass auch türkische Pipelines verbunden werden können. Die Türkei bezieht die Hälfte seiner Ölversorgung aus dem Iran⁸⁸ und widersetzt sich denn auch den US-Sanktionen, die das iranische Regime isolieren und ökonomisch unter Druck setzen sollten. Der Iran verhandelt bereits mit Syrien, um Syriens wichtigsten Hafen Latakia betreiben und die Handelsroute von Teheran bis zum Mittelmeer vorantreiben zu können.

3.3 Chinas Seidenstraßen-Pläne – eine Bedrohung für die USA

Neben den Pipelines und dem ebenso geplanten Eisenbahnnetz soll der Mittelmeerhafen nicht zuletzt auch einen weiteren strategischen Knotenpunkt in Chinas umfassender „Seidenstraßen-Initiative“ („One Belt, One Road“, OBOR) bilden. Nicht nur wegen seiner Öl- und Gasressourcen, sondern auch dank seiner guten wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen mit zentralasiatischen Staaten spielt der Iran eine wichtige Rolle in Chinas Seidenstraßen-Plänen. So erreichten bereits im Februar 2016 die ersten chinesischen Handelsgüter den Iran über eine 3.200 Kilometer lange Verbindung zwischen Urumqi, der Hauptstadt der westchinesischen Provinz Xinjing, und der iranischen Hauptstadt Teheran. Der Schienenweg führt über Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und Turkmenistan. Die China Railway Company plant, die Strecke zu einer Hochgeschwindigkeitsverbindung für Fracht- und Passagierverkehr auszubauen.

Mit noch größerer Geschwindigkeit verbreitet sich, nicht zuletzt auch über neue Kommunikationswege, chinesische Propaganda. Sie hat sogar die Hilfe der US-Regierung für den schwer von der Corona-Pandemie gebeutelten Iran vereitelt. So lehnte Irans Revolutionsführer Ali Chamenei das amerikanische Hilfsangebot wegen einer von China gestreuten Verschwörungstheorie ab, wonach die Vereinigten Staaten das Coronavirus entwickelt hätten, um Feinde wie China oder Iran zu schwächen. Demnach sei auch amerikanischen Hilfsgütern zu misstrauen, da diese ebenso mit dem Virus infiziert sein könnten.⁸⁹ Umso mehr wird der Iran – auch dank der US-Sanktionen – nun auf Chinas Hilfe angewiesen sein.

Amerikas Druck auf den Iran kommt dem Reich der Mitte entgegen: Chinas „Going-out“-Strategie⁹⁰ zielt neben strategischen Industrien vor allem auch auf den Ressourcensektor ab. Chinas Energieinvestitionen – ein Gutteil über seine Staatsbanken – belaufen sich seit 2005 auf mehr als 740 Milliarden Dollar.⁹¹ Bereits 2002, unmittelbar nach seiner Ernennung zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei, forderte Hu Jintao unter anderem die drei nationalen Ölfirmen – China National Petroleum Corporation (CNPC), China National Petroleum and Chemical Corporation (SINOPEC) und China National Offshore Oil Corporation (CNOOC) – auf, sich international auszurichten und in die Förderung, Produktion und den Transport von Öl und Gas zu investieren. Im Rahmen dieser Initiative unternimmt die chinesische Parteiführung seitdem enorme Anstrengungen, Chinas Währungsreserven strategisch einzusetzen und so die für seine Wirtschaft und die Stabilität des politischen Regimes dringend benötigten Ressourcen langfristig zu sichern.⁹²

Amerikas Druck auf den Iran kommt Chinas „Going-out“-Strategie entgegen.

Chinesische Staatsfirmen sind mittlerweile in allen Weltregionen anzutreffen, ob im Mittleren Osten oder in entwicklungsfähigen Regionen wie Westafrika und Zentralasien. Auch in Südamerika, sozusagen im Hinterhof der USA, versuchen chinesische Staatsfirmen, Ressourcen für ihr Land zu sichern. Mit seiner Energiesicherheitspolitik unterminiert auch China die multilateralen Regeln, denn Peking ist bemüht, die Ölvorräte mittels bilateraler Verträge exklusiv zu vereinnahmen – und konkurriert damit mit den geökonomischen Interessen der USA. Da China, die aufstrebende Wirtschaftsmacht in Asien, die für ihr weiteres Wachstum immense Energieressourcen benötigen wird, diese zunehmend mit ihrem Militär sichert, gerät sie in Konflikt mit den „vitalen Interessen“ der USA.

3.4 Handlungsoptionen für transatlantische Energie- und Umwelt-Kooperation

Sicherheits-, wirtschafts- und umweltpolitisch weitsichtiger als unilaterales, einseitig auf alte Energieträger fokussiertes Vorgehen wäre es, die Abhängigkeit westlicher Volkswirtschaften von fossilen Brennstoffen durch transatlantische Energie- und Umwelt-Kooperation zu verringern. Strategische Außen- und Sicherheitspolitik in der Welt des 21. Jahrhunderts sollte ebenso wie vorausschauende Investitionsstrategien sich davor hüten, vergehende Industrien bewahren zu wollen. Zweckdienlicher wäre es, Wachstumsmärkte in den Blick zu nehmen und dafür beide Themen – Energie und Klima – ins Zentrum ihrer Analysen und Handlungsempfehlungen zu stellen.⁹³

Investoren erkennen, dass das Klimarisiko ein Investitionsrisiko ist.

Investoren haben – auch dank der öffentlichkeitswirksamen Vorarbeit von Umweltforschern⁹⁴ – bereits erkannt, dass das Klimarisiko ein Investitionsrisiko ist. In seinem Investoren-Brief für das Jahr 2020 warnte etwa Larry Fink, Chairman und CEO von Black Rock, dass sich das Umweltbewusstsein „schnell verändert“. Deshalb erwartet der Kopf der weltweit größten Fondsgesellschaft eine „grundlegende Umgestaltung des Finanzwesens“. Denn die „Beweise für das Klimarisiko“ werden Investoren zwingen, „Kernannahmen über modernes Finanzwesen neu zu bewerten“.⁹⁵

Dafür muss auch die Politik ihren bisherigen Horizont nationalstaatlicher Lösungen mit der Perspektive eines erweiterten internationalen ordnungspolitischen Rahmens überdenken. Unternehmen sollten dazu verpflichtet werden, das Risiko offenzulegen, das der Klimawandel mit sich bringt, damit die Märkte dieses Risiko bepreisen können. Um staatlichen und privaten Akteuren weltweit fundierte Finanzentscheidungen zu ermöglichen, könnten die Vorarbeiten der Task Force Klimabezogener Finanzinformationen

(TCFD) genutzt werden, die 2015 vom Financial Stability Board (FSB), einem Organ der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20), etabliert wurde. Weltweit sollten nationale Finanzaufsichtsbehörden, etwa in den USA die US Securities and Exchange Commission, dafür sorgen, den TCFD-Empfehlungen Rechtskraft zu verleihen.⁹⁶

Seit Längerem arbeitet die EU-Kommission schon an einem Regelwerk für nachhaltige Finanzanlagen. Mit der Taxonomie-Verordnung vom 18. Juni 2020 schuf die EU nun die weltweit erste „grüne Liste“ für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten. Dieses Klassifizierungssystem können Anleger verwenden, wenn sie in Projekte und Wirtschaftstätigkeiten mit erheblichen positiven Klima- und Umweltauswirkungen investieren wollen.⁹⁷

Die zentralen energie- und klimapolitischen Herausforderungen sind global, sie lassen sich nur durch globale und multilaterale Kooperation bewältigen. Allein die Abhängigkeit von Importen aus wenigen Ländern, die den Markt dominieren und Preise manipulieren, oder die Sorge um den sicheren Transport über lange Distanzen von den produzierenden zu den verbrauchenden Ländern – auf dem Seeweg oder per Pipeline – verdeutlichen, dass diesen Herausforderungen nicht mehr auf einzelstaatlicher Ebene begegnet werden kann.

Die Entwicklung erneuerbarer Energien wäre für ein innovationsorientiertes Land wie die Vereinigten Staaten ein gangbarer Weg, sich aus der Abhängigkeit der internationalen Preisbildung fossiler Brennstoffe zu befreien, die durch autokratische Führer in problematischen Weltregionen beeinflusst werden kann. Angesichts der Verwundbarkeit der amerikanischen Wirtschaft ist es dringend erforderlich, energiesparende Technologien sowie Biokraftstoffe und andere Alternativen für die bisher auf fossile Brennstoffe angewiesenen Wirtschaftszweige zu entwickeln. Falls er gewählt wird, will der Präsidentschaftskandidat der Demokraten Joe Biden „eine historische Investition“ tätigen: in zehn Jahren insgesamt 400 Milliarden Dollar an staatlichen Mitteln für saubere Energie und Innovation investieren.⁹⁸ Bidens „Plan für eine saubere Energierevolution und Umweltgerechtigkeit“ ist ehrgeizig.

Die USA könnten aber auch auf die Kooperation mit den Staaten der Europäischen Union zählen, die ihre Wirtschaften ebenso mit einem „Green Deal“ wiederbeleben wollen. Am 11. Dezember 2019 stellte die Europäische Kommission unter der Führung Ursula von der Leyens das Konzept des „European Green Deal“ vor. Nach diesem ehrgeizigen Plan soll Europa als erster Kontinent klimaneutral werden und bis 2050 die Netto-Emissionen von Treibhausgasen in der Europäischen Union auf null reduzieren. Der European

**Joe Biden plant
„eine saubere Energie-
revolution und
Umweltgerechtigkeit“.**

Green Deal umfasst eine Reihe von Maßnahmen in den Bereichen Finanzmarktregulierung (Stichwort: sustainable finance), Energieversorgung, Verkehr, Handel, Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft. Die dafür nötigen Regulierungen – Gesetzesinitiativen zu einer höheren Bepreisung fossiler Energieträger sowie verschärften CO₂-Grenzwerten – sollen bis Mitte des Jahres 2020 vorgelegt werden. Europa will die Corona-Wirtschaftskrise für den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Digital-Wirtschaft nutzen.

Europa will als erster Kontinent klimaneutral werden und Marktchancen nutzen.

Technische Fortschritte, nicht zuletzt bei intelligenten Stromnetzen (smart grids), künstlicher Intelligenz (KI) und autonomem Fahren – die über staatliches Handeln gefördert werden können (durch Bereitstellung von Leitungs-, Infrastruktur- und Forschungsförderung) –, stellen die gängige Nullsummenrechnung zwischen Umweltschutz und wirtschaftlichen Interessen bzw. die Rhetorik von Staat versus Markt infrage.

Dadurch würden nach der Corona-Wirtschaftskrise nicht nur dringend nötige neue volkswirtschaftliche Wachstumsimpulse entstehen, sondern auch die Energieversorgungssicherheit der Verbraucherländer verbessert, der Treibhauseffekt eingedämmt und die Machtverhältnisse in den Weltenergiemärkten neu austariert, die nicht zuletzt auch die regelbasierte Handelsweltordnung unterminieren.

4. Zukunft der internationalen Handelsordnung und des Multilateralismus

Endgültig vorbei ist die Zeit, in der US-Strategen Chinas wirtschaftliche Entwicklung mit Wohlwollen begleiteten. Nach Washingtons Plänen sollte China als responsible stakeholder, wie es 2005 der damalige stellvertretende US-Außenminister Robert Zoellick formulierte, in die von den USA dominierte westliche Welt(-wirtschafts)ordnung eingebunden werden. Durch wirtschaftliche Liberalisierung, so die Grundannahme, würde früher oder später auch das politische System Chinas demokratischer werden. Demnach war es nach dem Ende des Kalten Krieges nur eine Frage der Zeit, bis weltweit der demokratische Friede herrschen würde. Doch die Geschichte fand bislang kein happy end; das nächste, bereits begonnene Kapitel wird wieder von Großmächtekonkurrenz um Einfluss-Sphären handeln. Wir sind bereits inmitten einer „Ära der wirtschaftlichen und politischen Großmacht-rivalitäten, die nicht nur neue Handelskonflikte, sondern auch eine veränderte geostrategische Rolle für die Bundesrepublik und Europa zur Folge hat“.⁹⁹ Bei diesem Kräfteressen ist Europa bislang nur Zuschauer, im schlimmsten Fall aber wird es zum Kollateralschaden der Geschichte werden, wenn es nicht schnell entscheidungs- und handlungsfähig wird.

4.1 Das Ende des Endes der Geschichte

Obschon nach dem Untergang der Sowjetunion bereits das „Ende der Geschichte“¹⁰⁰ und der Siegeszug liberaler Demokratien und freier Marktwirtschaften prophezeit wurden, haben sich viele autokratische Regime bislang als sehr resistent erwiesen. Sie haben mehrere Demokratisierungswellen, Farbenrevolutionen (etwa die orangene in der Ukraine oder die grüne im Iran) und Jahreszeitenwechsel (Stichwort: Arabischer Frühling) überdauert.¹⁰¹

Chinas Kommunistische Partei hat diese Umbrüche sehr wohl als Warnsignale gesehen. Denn liberale Ideen sind auch in China attraktiv, vor allem für jüngere, oft in den USA und Europa ausgebildete Chinesen. Doch die gute wirtschaftliche Entwicklung dient dem Regime bis auf weiteres als Pfeiler seiner Stabilität und Bollwerk gegen subversive Entwicklungen – zumal, wenn der Vergleich zu den wirtschaftlichen und sozialen Problemen westlicher Regime bemüht wird.

Künftig wird es noch mehr um Großmächtekonkurrenz und Einfluss-Sphären gehen.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008, die von der Führungsmacht des Westens ausgelöst wurde, hat ein Übriges getan. Sie erschütterte den Glauben an die weitgehende Selbstregulierung der Märkte und die Kreditwürdigkeit des amerikanischen Staates. Der „Washington Konsensus“, gemäß dem weltweit andere Länder ermutigt wurden, ihre politischen Systeme und Wirtschaftsordnungen nach amerikanischem Vorbild zu liberalisieren, hat an Glaubwürdigkeit verloren.

Staatlich gelenkte Volkswirtschaften, allen voran der autoritäre Kapitalismus der Volksrepublik China, wurden zwar auch in Mitleidenschaft gezogen, konnten aber die Krise besser meistern als die USA und ihre Wertegemeinde. Autoritäre Großmächte wie China gelten heute nicht nur in Ostasien als „erst zu nehmende Gegenentwürfe zur liberalen Demokratie“.¹⁰² Der wirtschaftliche Aufstieg Chinas wird schon mit dem Abstieg des Westens assoziiert;¹⁰³ einige Experten preisen schon den „Peking Konsensus“ als zukunftsweisend.¹⁰⁴

Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, der seinerzeit vorschnell das „Ende der Geschichte“ ausgerufen, spricht im Wettkampf der Systeme den endgültigen Sieg liberaler Demokratien und freier Marktwirtschaften gefeiert hatte, diagnostiziert heute elementare Defizite der westlichen Führungsmacht. Die Unzulänglichkeiten der USA seien umso problematischer, weil sich ein neuer Konkurrent namentlich China anschicke, sein Gegenmodell zu exportieren. Die Geschichte geht also doch weiter, denn Fukuyama sieht nun eine neue „historische Auseinandersetzung“ um das „Schicksal Eurasiens“ im Gange: zwischen den USA und seinen westlichen Partnern auf der einen und China auf der anderen Seite.¹⁰⁵

4.2 Währungsfragen sind Machtfragen

China will den Welthandel und das globale Finanzsystem neu ordnen.

China scheut keine diplomatischen Initiativen und wirtschaftlichen Investitionen, um den Welthandel und das globale Finanzsystem in seinem Sinne neu zu ordnen – und schwächt damit das amerikanische Wirtschaftsmodell. Bisher sichern vor allem die Denomination und Fakturierung von Handelsgeschäften, vor allem von Öl- und Gas-Geschäften in der amerikanischen Währung die weltweite „Dollar-Dominanz“ und damit weitere wirtschaftliche Vorteile für die USA. Der Dollar ist nach wie vor die führende Währung für internationale Finanztransaktionen, die Abwicklung von Handel und zur Reservehaltung.

Die Dollar-Dominanz hat es der Weltmacht in den vergangenen Jahrzehnten erlaubt, internationale Währungsreserven mehr oder weniger zum Nulltarif zu beziehen und über ihre Verhältnisse zu leben. Denn ihr „exorbitantes Privileg“ – wie es bereits in den 1960er-Jahren der damalige französische Finanzminister und spätere Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing ausdrückte – ermöglicht der Weltmacht, sich international günstig zu verschulden. Mit dem Dollar als Leitwährung müssen die USA nicht wie andere Staaten einen Risikoaufschlag in Form höherer Zinsen zahlen, sondern können enorme Mengen Geld zu günstigen Konditionen leihen und damit viel höhere Gewinne erwirtschaften und – was in den vergangenen Jahren immer deutlicher wurde – ihren Konsum auf Pump finanzieren. Die USA konnten zudem über die expansive Geldpolitik ihrer Notenbank (euphemistisch „quantitative Lockerung“ genannt) einen Gutteil ihrer Schulden, vor allem gegenüber ihrem Hauptgläubiger China, loswerden.

Um den amerikanischen Dollar mittelfristig als Weltleitwährung abzulösen und Investoren eine Alternative zu eröffnen, haben die Regierungen in Moskau und Peking bereits 2009, nach dem Ausbruch der von den USA verursachten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, gefordert, die ins Wanken geratene Leitwährung Dollar mittel- bis langfristig abzulösen. Die Dollar-Dominanz wird heute umso mehr vom ressourcenhungrigen China herausgefordert. Mittlerweile reinvestieren die Golfstaaten ihre Petro-Dollar nicht mehr in die USA, sondern vielmehr in China. Auch um den USA den Macht-hebel ihrer (Sekundär-)Sanktionen zu nehmen, arbeitet die chinesische Führung daran, ein paralleles Finanzsystem aufzubauen, das die Dollar-basierten Zahlungsmechanismen umgeht.

Indem die Verantwortlichen in Peking Chinas Exportmärkte diversifizieren und die eigene Wirtschaft stärker auf Binnenkonsum stellen, können sie sich umso mehr aus der von ihnen sogenannten „Dollar-Falle“ lösen: Während China weltweit Infrastruktur finanziert, damit neue Absatzmärkte entwickelt, kann es sich so vom bisherigen Hauptabnehmer USA emanzipieren – dem es bislang in großen Mengen das Geld geliehen hatte, damit dieser chinesische Produkte kaufen konnte.

Die Dollar-Dominanz wird vom ressourcenhungrigen China herausgefordert.

4.3 Interdependenz – alte Schwächen, neue Stärke

Wenn China den USA nicht mehr seine billigen Güter und Währungsreserven zur Verfügung stellt, dann betrifft das nicht nur US-Bürger, die aus ihrer Wohlstandsillusion gerissen werden, sondern auch den amerikanischen Staat, der ebenso schon seit Längerem über seine Verhältnisse lebt. China

China löst sich aus der Interdependenz mit den USA und schafft neue Abhängigkeiten.

ist nicht mehr bereit, in dem Maße wie bisher mit seinen Devisenreserven den US-Staatshaushalt zu finanzieren, der zu einem Großteil dafür verwendet wird, die Weltmacht militärisch und sicherheitsdienstlich gegen China aufzurüsten.

China ist schon seit Längerem im Begriff, sich aus der Interdependenz mit den USA zu lösen, damit seine Verwundbarkeit zu reduzieren. Dagegen sollen neue Abhängigkeiten geschaffen werden, bei denen China am längeren Hebel sitzt. Indem es als kluge Macht seine nationalen Interessen breiter definiert, anderen erlaubt, davon ebenso zu profitieren, kann es Führung beanspruchen und Gefolgschaft erwarten. Ein Beleg dafür ist Pekings Erfolg, trotz großem Gegendruck der USA, europäische Partner wie das Vereinigte Königreich, Frankreich und Deutschland für seine Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) gewonnen zu haben.

4.4 Die „Grand Strategy“ der USA

Diese Entwicklung ist auch aus Sicht der Geostrategen in Washington äußerst bedrohlich. Wenn China öffentliche Güter wie Infrastruktur, Handels- und Informationswege zur Verfügung stellt, baut es peu à peu seine Vormachtstellung aus. Mit seiner „Seidenstraßen-Initiative“ will das Reich der Mitte über Land- und Seewege seine Wirtschaft mit den Nachbarn in der Region, mit Westasien, Afrika und Europa verbinden.

Die Vordenker amerikanischer Think Tanks, etwa General Jim Mattis, der vor seinem Einsatz als Verteidigungsminister (von 2017 bis 2019) in der Trump-Regierung Ideen in der Hoover Institution schmiedete, mahnen zu einer neuen „Grand Strategy“.¹⁰⁶ Auch sie nehmen China ins Visier. Anstelle des bisherigen Flickwerks einzelner Strategien gegenüber diversen Ländern und in bestimmten Politikfeldern (Sicherheits-, Handels- oder Energiepolitik) sollten die USA wieder eine globale, themenübergreifende Ausrichtung, eben eine Grand Strategy, verfolgen. Damit solle auf jeden Fall verhindert werden, dass ein möglicher Rivale den USA die See- oder Lufthoheit im eurasischen Raum – die Landmasse der beiden Kontinente Europa und Asien, dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich interessantesten Gebiet dieser Erde – streitig macht und wirtschaftliche Aktivitäten der USA unterbindet oder ihnen den Zugang zu Ressourcen verwehrt.

Anders als sein Amtsvorgänger Barack Obama, der seine „Hinwendung nach Asien“ (pivot to Asia), die Eindämmung Chinas mit einer Transpazifischen Partnerschaftsinitiative (TPP) handelspolitisch im Verbund mit alliierten

Ländern forcieren wollte, setzt sein Nachfolger indes allein auf die Militär- und Wirtschaftsmacht seiner Nation. Trump nimmt dabei nicht nur einen Handelskrieg mit China, sondern auch Verwerfungen mit Amerikas Alliierten in Kauf.

Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, versucht US-Präsident Trump, mit aller wirtschaftlichen und militärischen Macht der USA den weiteren Aufstieg Chinas zu verhindern. Indem er die bereits angeschlagene liberale Weltordnung zerstört, will Trump Wettbewerbern ihre Erfolgsgrundlagen nehmen. Denn in Trumps merkantilistischem Denken hilft die von Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene regelbasierte Weltwirtschaftsordnung mittlerweile nur noch seinen „Feinden“: China und Europa.

In Trumps Weltbild haben Staaten keine Freunde, sondern nur Interessen. In diesem Nullsummendenden gibt es keine gemeinsamen Interessen: Trump denkt, er könne seine nationalen Interessen nur auf Kosten aller anderen durchsetzen. Militärmacht bietet den „kompetitiven Wettbewerbsvorteil“ schlechthin: Sie dient dazu, um im härter werdenden internationalen Wettbewerb zu gewinnen – mit dem Recht des Stärkeren und zwangsläufig auf Kosten aller anderen Nationen.¹⁰⁷

4.5 Das Recht des Stärkeren gegen die rule of law

Dieses in der aktuellen Nationalen Sicherheitsstrategie der USA¹⁰⁸ nunmehr explizit als „realistisch“ bezeichnete Politikverständnis von US-Präsident Trump und seiner Sicherheits- und Wirtschaftsberater widerspricht der in Deutschland bevorzugten liberal internationalistischen Vorstellung einer regelbasierten Weltordnung, in der internationale Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO), die Vereinten Nationen (UN), das Völkerrecht und das Gleichheitsprinzip der UN-Charta eine zentrale Rolle spielen.

In der sozialdarwinistisch anmutenden Weltsicht Trumps, in der maximale militärische Macht das Recht des Stärkeren und somit die „transaktionale Führung“¹⁰⁹ der USA begründet, sind multilaterale Organisationen ein Hindernis: Sie sind schließlich darauf ausgerichtet, internationalem Recht zur Stärke zu verhelfen, auszugleichen, den Stimmen auch der – nach Trumps Meinung – Schwächeren im Konzert der Nationen Geltung zu verschaffen. Wenn die regelbasierte Ordnung, die internationale rule of law, insbesondere die Welthandelsorganisation (WTO) und das multilaterale Welthandelssystem, geschwächt sind, dann gilt das Recht des Stärkeren, nämlich der nach wie vor größten Militärmacht USA.

**Ohne rule of law
gilt das Recht des
Stärkeren – der größten
Militärmacht USA.**

Um Amerikas Machtfülle zu entfesseln, sollen zum einen die nationalen Handelsgesetze der USA¹¹⁰ gegen alle Handelspartner strikt und effektiv angewandt werden.¹¹¹ Zum anderen soll die internationale Einflussnahme, allen voran das Regelwerk der WTO, begrenzt werden. Nach Ansicht der Trump-Regierung soll ein WTO-Urteil gegen die USA nicht mehr automatisch zu einer Änderung eines amerikanischen Gesetzes oder einer Handelspraxis führen. In der Konsequenz werden die Urteile des WTO-Streitschlichtungsmechanismus von den USA nicht mehr grundsätzlich anerkannt – oder das multilaterale Schiedsverfahren soll selbst ausgehebelt werden.

Wegen der Blockadehaltung Washingtons sind mittlerweile weniger als drei Mitglieder am Berufungsgremium (Appellate Body) des Streitschlichtungsmechanismus der WTO tätig. Damit wurde die Mindestzahl unterschritten, die für eine Fallentscheidung nötig wäre. Dies führt zu einer deutlichen Schwächung der WTO und damit auch der globalen, regelbasierten Handelsordnung, da kein Verfahren mehr ohne einen funktionierenden Berufungsausschuss abgeschlossen werden kann. Somit wird der bindende Streitschlichtungsmechanismus untergraben, der die WTO-Regeln bislang effektiv durchsetzen konnte.

US-Präsident Trump hat das multilaterale Welthandelssystem immer wieder als schlechten Deal für Amerika dargestellt. Indem er auch in diesem Politikfeld die militärische Trumpfkarte zog und Strafzölle – zunächst auf Stahl und Aluminium – mit nationaler Sicherheit begründet, setzt Trump nicht nur seine handelspolitischen Ziele durch, sondern er untergräbt auch die WTO. Dem Beispiel der USA folgend könnten andere Länder ihrerseits Zölle im Namen ihrer nationalen Sicherheit erheben. Das wäre schnell das Ende einer durch die WTO geregelten internationalen Handelsordnung.

Für Trump ist das multilaterale Welthandelssystem ein schlechter Deal für Amerika.

Bislang hat die Trump-Administration davon abgesehen, über Stahl und Aluminium hinausgehend auch deutsche Automobile als nationale Sicherheitsbedrohung zu deklarieren. Denn der damalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte sich am 25. Juli 2018 beim Gipfel in Washington bereit, der Schutzmacht Tribut zu leisten: So solle Europa anstelle russischer Gaslieferungen künftig teureres Flüssiggas aus den USA beziehen.

Dass die EU und China die Weltmacht bei der WTO verklagten, bestätigte indes nur Trumps darwinistisches Weltbild. Sein taktisches Zugeständnis einer WTO-Reform könnte bald schon wieder der Drohung weichen, die Welthandelsorganisation für irrelevant zu erklären. Selbst im besten Fall würde sich ein Schiedsverfahren lange hinziehen.

Viel folgenreicher aber ist der Paradigmenwechsel, den Trump mit seiner Verquickung von Handels- und Sicherheitspolitik¹¹² vollzieht: Denn es ist fraglich, ob die WTO überhaupt Streitigkeiten über Handelsmaßnahmen schlichten kann, die mit nationaler Sicherheit begründet werden. Eine Gefahr für das internationale Regelwerk liegt auch darin, dass die nationale Sicherheit eine WTO-Ausnahme nach Artikel XXI GATT darstellt, die, ohne die Glaubwürdigkeit der WTO zu belasten, schwer zu überprüfen ist. Am Beispiel der Stahl- und Aluminiumzölle wird deutlich, dass die USA dabei nicht zwischen Verbündeten und anderen Staaten unterscheiden. Neben China oder Russland sind selbst Alliierte wie Kanada, Japan oder die EU von den Zöllen betroffen.

4.6 Notwendige Reaktionen der EU

Die EU kann sich nicht mehr auf ihren traditionellen Status als Verbündeter verlassen, sondern muss wie alle anderen Staaten mit den USA Abkommen aushandeln, die amerikanische Interessen stärker berücksichtigen. Im Gegensatz zu anderen Staaten ist die EU jedoch – zumindest im Handelsbereich – ein gleichgewichtiger Verhandlungspartner, der aufgrund der engen Vernetzung im Handel mit den USA auf Augenhöhe verhandelt. Und mit diesem Pfund der Marktgröße sollte die neue EU-Kommission künftig besser wuchern. Politische Ansatzpunkte, um dieses Ziel zu erreichen, lassen sich identifizieren.¹¹³

Ein Abkommen wie die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) ist mittlerweile aus politischen Gründen nicht mehr vorstellbar. Auch der Abschluss des Abkommens über den Abbau von Industriezöllen ist zurzeit nicht denkbar. Fortschritte sind jedoch in anderen Bereichen möglich. So sollte es künftig möglich sein, das vom scheidenden Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und US-Präsident Trump im Juli 2018 vereinbarte Abkommen über gegenseitige Konformitätsbewertungen abzuschließen. Damit können europäische und amerikanische Unternehmen leichter nachweisen, dass sie die technischen Anforderungen des jeweils anderen Partners erfüllen.

Die EU muss zudem darauf achten, dass sie mit den USA nur Abkommen abschließt, die nicht gegen internationale Regeln verstoßen. Es gilt unter allen Umständen, Handelsbeschränkungen zu verhindern, die die USA etwa im NAFTA-Nachfolgeabkommen, dem United States-Mexico-Canada Agreement (USMCA), erwirkt haben: Kanada und Mexiko wurden genötigt, ihre

Mit dem Pfund ihrer Marktgröße sollte die EU künftig besser wuchern.

Autoexporte in die USA auf ein zollfreies Kontingent von 2,6 Millionen Pkws zu begrenzen. Damit wurde das WTO-regelwidrige Prinzip des managed trade in ein US-Abkommen eingeführt. Durch eine ebenso problematische „China-Klausel“ im USMCA wollen die USA ihre Nachbarn Kanada und Mexiko von einem Abkommen mit China abhalten und unterminieren somit deren handelspolitische Souveränität.

In weniger sicherheitsrelevanten Handelsfragen könnten die europäischen Verbündeten taktisch vorgehen, um das Wohlwollen Trumps zu erwirken. Sie könnten – wie von Juncker mit Trump vereinbart – etwa amerikanisches Flüssiggas und insbesondere Rüstungsgüter kaufen, damit technologisch abhängig bleiben und zudem das amerikanische Handelsdefizit verringern. Auch verstärkte Sojaimporte aus den USA helfen, den Handelsstreit mit den USA zu entspannen.

**Die EU kann ihre
Abhängigkeit vom
US-Markt durch
Diversifizierung mindern.**

Strategisch kann die EU ihre Abhängigkeit vom dominanten US-Markt durch Diversifizierung mindern, etwa durch weitere bilaterale und regionale Freihandelsabkommen, die nicht nur Märkte für europäische Produkte öffnen, sondern auch europäische Werte, Normen und Standards exportieren. Die Abkommen mit Kanada (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) und Japan sind bereits in Kraft und ein großer Erfolg für die EU. Die Unterzeichnung des Abkommens mit den MERCOSUR-Staaten war ein weiteres wichtiges Signal gegen Protektionismus. Es muss jedoch gegebenenfalls im Umweltbereich nachverhandelt werden.¹¹⁴ Auch die Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten sowie Australien und Neuseeland schreiten voran. Dieses Netz an Abkommen bietet der EU etwas mehr Sicherheit und Berechenbarkeit, falls das regelbasierte multilaterale Handelssystem weiter zerbrechen sollte.

Diese Gefahr ist begründet, denn eine Einigung mit den USA über die Zukunft des Appellate Body der WTO ist auf absehbare Zeit wenig wahrscheinlich. Deshalb hat die EU unter anderem mit Kanada und Norwegen auf Basis von Artikel 25 des Dispute Settlement Understanding (DSU) bereits ein alternatives Berufungsgericht vereinbart,¹¹⁵ um weiterhin internationale Streitigkeiten regelbasiert lösen zu können. Dieses soll so lange in Kraft sein, bis auf WTO-Ebene eine Einigung zum Fortbestand des Berufungsausschusses erzielt werden kann. Für den Fall, dass die USA auf Dauer die Neubesetzung von Mitgliedern des Appellate Body blockieren und damit das rechtlich bindende Streitschlichtungsverfahren der WTO permanent außer Kraft setzen, sollte die EU mit gleichgesinnten Ländern für einen Plan B werben: ein multilaterales Streitschlichtungssystem ohne die USA.

Die EU sollte versuchen, mit Gleichgesinnten multilaterale Koordination aufrechtzuerhalten. Denn ohne internationale Koordination könnten ein protektionistischer Wettlauf der Nationen und die sich verschärfenden makroökonomischen Ungleichgewichte zu einem noch größeren weltwirtschaftlichen Problem werden. Dies wurde bereits bei der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 deutlich. Ungleichgewichte werden nicht durch Zölle und Abkoppelungen von Wertschöpfungsketten verringert, sondern durch langfristige, strukturelle Anpassungsprozesse: Überschussländer sollten weniger sparen, also mehr konsumieren. Defizitländer hingegen sollten mehr sparen.

**Überschussländer
sollten weniger,
Defizitländer hingegen
mehr sparen.**

Deutschland hat bereits die Binnennachfrage erhöht. Hierzu hat vor allem der private Konsum beigetragen. Im Zuge seines über 353 Milliarden Euro schweren Corona-Hilfspaketes kann die Bundesregierung auch durch weitere Investitionen (vor allem im digitalen Bereich) und eine Öffnung des Dienstleistungssektors mehr tun, um den Leistungsbilanzüberschuss abzubauen – auch im Interesse der europäischen Partner.

Im Kampf gegen die Corona-Wirtschaftskrise haben die EU-Staaten das größte Haushalts- und Finanzpaket ihrer Geschichte verabschiedet. Auf einem Sondergipfel in Brüssel im Juli 2020 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf ein umfassendes Corona-Hilfspaket in Höhe von 750 Milliarden Euro geeinigt, um dieses Geld für die Krisenbewältigung und die Zukunft Europas zu investieren. Für das Konjunktur- und Investitionsprogramm sollen erstmals in größerem Umfang gemeinsame Schulden aufgenommen werden.

Bei sinkender Fremdfinanzierung wird sich der Druck auf die USA erhöhen, besser zu haushalten. Denn es sind auch Defizitländer wie die USA, die durch ihr riskantes Finanzgebaren makroökonomische Ungleichgewichte befördern: 2007/2008 haben sie unter anderem damit die Weltwirtschaft kurz vor den Kollaps geführt, auch viele europäische Anleger um ihre Vermögen gebracht und die Eurozone in eine Krise gestürzt.

Da das Zwillingsdefizit (Haushalts- und Handelsdefizit) der USA auch eine Folge der Dollar-Dominanz ist, sollten Maßnahmen ergriffen werden, um die strukturelle Überbewertung des Dollars zu verringern. Zusammen mit Frankreich und als Kooperationsanreiz für China könnte die Bundesregierung auf der Ebene der G7 und G20 dafür werben, dass die Wechselkursschwankungen reduziert werden, indem die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu einer supranationalen Reservewährung ausgebaut werden. Dann könnten auch Trump und seine Wirtschaftsberater nicht mehr sagen, dass ein zu starker Dollar Amerika schade.

Es ist das Gebot der Stunde, Europas politische Einheit und damit auch den Wirtschafts- und Währungsraum im globalen geökonomischen Wettbewerb zu stärken. Damit wird auch verhindert, dass die erneut anschwellenden makroökonomischen Ungleichgewichte wieder durch einen größeren Schock korrigiert werden – der das nächste Mal nicht mehr mit dem Geldsegen der Notenbanken aufgefangen werden kann.

Die Geldpolitik der Notenbanken sollte durch die Politik entlastet werden.

Es ist höchste Zeit, dass die Geldpolitik der Notenbanken durch Wirtschafts- und Finanzpolitik entlastet wird. Ein neuer „Green Deal“, der dies- und jenseits des Atlantiks angedacht wird, bietet gute Zukunftsperspektiven. Zur Förderung der Entwicklung und Verbreitung nachhaltiger Technologien sollte das 2009 von den USA initiierte Major Economies Forum (MEF) revitalisiert werden. Auf Ministerebene könnten jene 17 Volkswirtschaften, die für rund 80 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich sind, multinationalen Unternehmen dabei helfen, Standards für saubere Energie zu setzen und neue Kooperationsformen nachhaltigen Wirtschaftens auszuloten.¹¹⁶

Um die bestehenden globalen Ungleichheiten zwischen technisch versierten Volkswirtschaften und Entwicklungsländern abzubauen und die von der Corona-Pandemie besonders hart betroffenen Entwicklungsländer auf einen nachhaltigeren Weg zu führen, sollten die USA und Europa ihr politisches Gewicht in den „Bretton Woods“-Organisationen (Weltbank und IWF) einsetzen, um die Kreditvergabe an Nachhaltigkeitskriterien zu binden und insbesondere Investitionen in nachhaltige Infrastruktur und Entwicklung zu fördern.

Auch von Seiten der Vereinten Nationen gibt es Stimmen, die eine umfassendere Rolle der Weltbank und des IWF fordern, um einen „Green New Deal“ auch als Treiber für eine weltwirtschaftlich gerechtere und inklusive Entwicklung zu gestalten.¹¹⁷ Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), ein ständiges Organ der Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf, könnte denn auch die überwiegend klassisch, freimarktliberal geschulten Ökonomen der Weltbank und des IWF mit einem umfassenderen ökonomischen Denken unterstützen. Damit könnte das bisherige Versagen der sogenannten freien Märkte und ihrer Befürworter behoben werden.

Zukunftsinvestitionen könnten auch durch „Schutz-Steuern“ finanziert werden: Zum Schutz gegen die Interessen der OPEC könnten innovationsorientierte Regierungen antizyklische – an den Marktpreis für Öl gekoppelte – Steuern auf fossile Kraftstoffe erheben. Damit wären Investitionen in erneuerbare Energien vor weiteren plötzlichen, möglicherweise von der OPEC

initiierten, Preiseinbrüchen geschützt. Um die innenpolitische Akzeptanz zu fördern, könnten die Steuereinnahmen nicht nur zur Forschung und Entwicklung erneuerbarer Energien, sondern auch zur steuerlichen Entlastung der Bevölkerung verwendet werden.

Selbst bislang auf fossile Energieträger fokussierte und global tätige US-Unternehmen wie ConocoPhillips und ExxonMobil sowie die Automobilkonzerne Ford und General Motors wären für ein derartiges Zukunftsprojekt zu gewinnen. So befürwortete im Februar 2020 der Climate Leadership Council, eine partei- sowie wirtschaftliche und ökologische Interessen übergreifende Vereinigung, die Idee stetig steigender Kohlenstoff-Steuern.¹¹⁸

Schon seit Längerem favorisiert auch in den USA der gebündelte wissenschaftliche Sachverstand dieses steuernde Vorgehen. Anstelle diverser bürokratischer Regulierungen – die weitaus weniger CO₂-Reduzierungen bewirken – sollte das Marktversagen mit Steuern behoben werden – so die über das Wall Street Journal im Januar 2019 öffentlich verbreitete Empfehlung von über 3.500 renommierten US-Ökonomen, darunter 27 Nobelpreisträger, vier ehemalige Chefs der US-Notenbank und 15 ehemalige Leiter des Council of Economic Advisers – führende Köpfe, die bisherige Präsidenten der Vereinigten Staaten in Wirtschaftsfragen beraten haben¹¹⁹ – und wohl auch künftig ihren Sachverstand in die Politik einbringen werden.

Mit „Steuern“ könnte auch im eigentlichen Wortsinn die Steuerungswirkung der Energiepreise konsequent genutzt werden. Um zu verhindern, dass einige Staaten Trittbrett fahren, Steuervorteile nutzen und ihre Wettbewerber übervorteilen, sollten auch international koordinierte Maßnahmen, etwa eine carbon border tax, erwogen werden. So will die Europäische Kommission eine CO₂-Steuer auf Importe erheben, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen nicht zu beeinträchtigen, insbesondere in energieintensiven Industrien. Die „Kohlenstoff-Grenz-Steuer“ ist ein zentrales Thema im „Green Deal“ der Europäischen Kommission; sie sollte mit den USA und anderen innovationsorientierten Staaten abgestimmt werden.

Wenn das Energiepreisniveau, insbesondere in den Industriestaaten, systematisch, schrittweise und kontinuierlich über einen längeren Zeitraum hinweg angehoben würde, dann entstünde größere Planungssicherheit für Anpassungsmaßnahmen auf der Energienachfrage- und -Angebotsseite.

Diese Anpassungen sollten im Dialog gemanagt werden. So könnten Anbieter und Nachfrager auf multilateraler Ebene der G-20 und der Internationalen Energieagentur (IEA) ins Gespräch gebracht werden.¹²⁰ IEA-Exekutivdirektor

Das Marktversagen kann mit politischer (Be-)Steuerung behoben werden.

Fatih Birol initiierte bereits ein G20-Treffen zur Energiefrage. Zudem berief Birol am 24. April 2020 ein erstes von künftig weiteren virtuellen roundtables auf Ministerebene ein: „Never waste a good crisis“ – in diesem Sinne sollten weltweit die Verantwortlichen ihre milliardenschweren nationalen Konjunkturprogramme auch dafür nutzen, um Energieeffizienz und erneuerbare Energien zu fördern.

Aus Rohstoff-reichtümern könnten Entwicklungshilfefälle werden.

Denn es ist beides möglich: zum einen mit Blick auf die aktuelle Rezession zeitnahe und zielgerichtete Impulse zu geben, um den privaten Konsum und die unternehmerische Investitionstätigkeit kurzfristig anzukurbeln. Flankiert durch politische Rahmenbedingungen (Steuern oder Emissionsrechtehandel) können sich Konjunkturpakete zum anderen langfristig als transformativ erweisen, indem sie die Struktur der Wirtschaft verändern. Tatsächlich zeigen die Erfahrungen der vergangenen Finanzkrise 2008, „dass eine solche klimaorientierte Konjunkturpolitik nicht nur kurzfristig zu Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen führt, sondern auch die Grundlage für langfristige Innovationen und eine klimafreundliche wirtschaftliche Entwicklung schafft.“¹²¹

Gleichzeitig sollten in der Übergangszeit, auch aus innen- und außenpolitischen Gründen, die bestehenden Öl- und Gasindustrien und deren Millionen von Arbeitsplätzen gesichert werden, nicht zuletzt auch, indem sie Technologien entwickeln, um den Verbrauch zu „dekarbonisieren“.

Einige Länder der Energieangebotsseite, etwa Norwegen, schmieden ohnehin schon Pläne für die Zeit nach dem Versiegen ihrer Energievorkommen. Auch jene Länder, die noch über üppige Reserven verfügen, sollten sich angesichts des gewachsenen internationalen Umweltbewusstseins, der Umorientierung institutioneller Anleger und der Korruption im Falle staatlich dominierter Rohstoffausbeutung ernsthafte Gedanken über alternative wirtschaftliche Wertschöpfung machen, um dem Staatszerfall zu entgehen.

Die absehbaren massiven Probleme vieler Ölförderstaaten angesichts der niedrigen Ölpreise geben Anlass zur Sorge, dass aus Rohstoffreichtümern über kurz oder lang Entwicklungshilfefälle werden können.¹²² So ist es auch nicht auszuschließen, dass künftig nicht ein energiepotentes Russland, sondern eine zerfallende russische Autokratie den Westen vor noch größere Herausforderungen stellen wird.¹²³ Dieses Szenario wäre umso problematischer, falls die angeschlagene Weltmacht USA die Mithilfe der „Regionalmacht“¹²⁴ Russland benötigen sollte, um die andere, aufsteigende und raumgreifende Großmacht China einzudämmen.

///

Anmerkungen

- 1 Der Begriff Geoökonomie beleuchtet nicht-militärische Instrumente staatlichen Handelns, „non-military instruments of statecraft“, wie es Stuhlberg bezeichnete: Adam N. Stuhlberg, Moving Beyond the Great Game. The Geoeconomics of Russia's Influence in the Caspian Energy Bonanza, in: Geopolitics 10 (2005) 1, S. 1-25; vgl. auch Robert D. Blackwill und Jennifer M. Harris, War by Other Means: Geoeconomics and Statecraft, Cambridge, Mass. 2016.
- 2 So die Einschätzung von Walter Russell Mead im Interview mit Anna Sauerbrey: „Trumps Weg zur Wiederwahl führt durch Peking“, in: Tagesspiegel, 02.05.2020, <<https://www.tagesspiegel.de/politik/usa-und-china-trumps-weg-zur-wiederwahl-fuehrt-durch-peking/25791216.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 3 Zum Beispiel der Wirtschaftsberater des US-Präsidenten und Direktor des Office of Trade and Manufacturing Policy im Weißen Haus: Peter Navarro, Ricardo Is Dead. Long Live Fair, Balanced, and Reciprocal Trade, Vortrag an der Harvard Kennedy School, 25.04.2019, <<https://iop.harvard.edu/forum/ricardo-dead-long-live-fair-balanced-and-reciprocal-trade>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 4 Dieser Begriff wurde geprägt von: Joseph Nye, Bound to Lead: The Changing Nature of American Power, New York 1990.
- 5 Vgl. Hanns Maull, The „Alliance for Multilateralism“ by Germany and France: About Time, But It Needs To Be Serious, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2019, <<https://www.swp-berlin.org/en/point-of-view/2019/the-alliance-for-multilateralism-by-germany-and-france-about-time-but-it-needs-to-be-serious/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 6 So etwa die Forderung von Xuewu Gu, Der dritte Weg: Warum Europa den Alleingang wagen muss, in: Handelsblatt, 22.11.2019, <<https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-der-dritte-weg-warum-europa-den-alleingang-wagen-muss/25253468.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 7 Vgl. Daniela Schwarzer, Five Points to Make the EU Stronger, DGAP Online Commentary, 01.07.2020, <<https://dgap.org/en/research/publications/five-points-make-eu-stronger>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 8 Des Weiteren könnte man auch noch das (transatlantisch weniger relevante) Vorgehen der US-Regierung gegen Venezuela anfügen. Die US-Sanktionen gegen Venezuela spielen ebenso China in die Hände, das schon seit Längerem bemüht ist, seinen wachsenden Energiehunger im Hinterhof der USA, der „Hemisphäre“ zu stillen.
- 9 Website der Johns Hopkins University, Corona Virus Resource Center: <<https://corona.virus.jhu.edu/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 10 Ebd.

- 11 Transkription/Übersetzung der Aussage von Tom Inglesby in einem CNN-Interview vom 31.07.2020: „We reopened too quickly in many places around the country, we haven't been unified and consistent in our messages and now we see where we are.“
- 12 Elise Gould und Valerie Wilson, Black Workers Face Two of the Most Lethal Preexisting Conditions for Coronavirus-Racism and Economic Inequality, Economic Policy Institute, 01.06.2020, <<https://www.epi.org/publication/black-workers-covid/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 13 US Bureau of Economic Analysis (BEA), Gross Domestic Product, 2nd Quarter 2020, Press Release, <<https://www.bea.gov/news/2020/gross-domestic-product-2nd-quarter-2020-advance-estimate-and-annual-update>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 14 US Federal Reserve, Transcript of Chair Powell's Press Conference, Washington, DC, 29.07.2020, <<https://www.federalreserve.gov/mediacenter/files/FOMCpresconf20200729.pdf>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 15 Board of Governors of the Federal Reserve System, Federal Reserve Issues FOMC Statement, 29.07.2020, <<https://www.federalreserve.gov/newsevents/pressreleases/monetary20200729a.htm>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 16 BBC, Trump Says Coronavirus Worse "Attack" than Pearl Harbor, BBC News, 07.05.2020, <<https://www.bbc.com/news/world-us-canada-52568405>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 17 Laura Silver, Kat Devlin und Christine Huang, Americans Fault China for Its Role in the Spread of COVID-19, Pew Research Center, 30.07.2020, <<https://www.pewresearch.org/global/2020/07/30/americans-fault-china-for-its-role-in-the-spread-of-covid-19/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 18 Laura Silver, Kat Devlin und Christine Huang, Republicans See China More Negatively Than Democrats, Even as Criticism Rises in Both Parties, Pew Research Center, 30.07.2020, <<https://www.pewresearch.org/global/2020/07/30/americans-fault-china-for-its-role-in-the-spread-of-covid-19/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 19 Ebd.
- 20 Deb Riechmann und Jonathan Lemire, Trump, Biden Try to Outdo Each Other On Tough Talk on China, in: Associated Press, 12.07.2020, <<https://abcnews.go.com/Politics/wireStory/trump-biden-outdo-tough-talk-china-71739227>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 21 US-China Relations Are Entering a Dangerous Period, in: The Economist, 30.07.2020, <<https://www.economist.com/leaders/2020/07/30/us-china-relations-are-entering-a-dangerous-period>> (abgerufen am 23.08.2020).
- 22 Vgl. ebd.

- ²³ Leila Abboud, US Agrees to Buy Sanofi-GSK Covid-19 Vaccine, in: Financial Times, 31.07.2020, <<https://www.ft.com/content/327fb576-20ee-4690-a846-fb9415c42c06>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ²⁴ Josef Braml, Eine Tankfüllung reicht nicht für TTIP, Dossier Freihandel versus Protektionismus, Bundeszentrale für Politische Bildung, 04.10.2016, <<https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/freihandel/233552/eine-tankfuellung-reicht-nicht-fuer-ttip>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ²⁵ Ausführlicher: Josef Braml, Trumps Amerika – Auf Kosten der Freiheit. Der Ausverkauf der amerikanischen Demokratie und die Folgen für Europa, Berlin / Köln: Quadriga, 2016 (aktualisierte Neuauflage).
- ²⁶ Donald J. Trump, The Inaugural Address, Remarks of President Donald Trump, White House, 20.01.2017, <<https://www.whitehouse.gov/inaugural-address>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ²⁷ New York Times, Trump’s Speech to Congress: Video and Transcript, <https://www.nytimes.com/2017/02/28/us/politics/trump-congressvideo-transcript.html?_r=0> (abgerufen am 23.08.2020).
- ²⁸ Congressional Budget Office, Baseline Budget Projections, 06.03.2020, <www.cbo.gov/publication/56268> (abgerufen am 23.08.2020).
- ²⁹ Congressional Budget Office, The 2016 Long-Term Budget Outlook, Washington, DC, 12.07.2016, S. 9.
- ³⁰ Congressional Budget Office, Monthly Budget Review for July 2020, Washington, DC, 10.08.2020, <<https://www.cbo.gov/system/files/2020-08/56497-CBO-MBR.pdf>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ³¹ US Debt Outlook is Downgraded, in: New York Times, 03.08.2020, <<https://www.nytimes.com/live/2020/07/31/business/stock-market-today-coronavirus>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ³² Fitch Ratings, Fitch Revises United States' Outlook to Negative; Affirms at “AAA”, New York, 31.07.2020, <<https://www.fitchratings.com/research/sovereigns/fitch-revises-united-states-outlook-to-negative-affirms-at-aaa-31-07-2020>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ³³ US Department of the Treasury / Federal Reserve Board, Major Foreign Holders of Treasury Securities, 17.08.2020, <<https://ticdata.treasury.gov/Publish/mfh.txt>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ³⁴ European Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, EU-China – A Strategic Outlook, Joint Communication to the European Parliament, The European Council and the Council, Straßburg, 12.03.2019, <<https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>> (abgerufen am 23.08.2020).

- ³⁵ Vgl. Hanns Maull, The „Alliance for Multilateralism“ by Germany and France: About Time, But It Needs To Be Serious, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2019, <<https://www.swp-berlin.org/en/point-of-view/2019/the-alliance-for-multilateralism-by-germany-and-france-about-time-but-it-needs-to-be-serious/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ³⁶ Laut Schätzungen der Financial Times gewährte China bereits 2009-10 mit 110 Milliarden Dollar mehr Kredite als die World Bank mit etwa 103 Milliarden Dollar. Vgl. Martin Vieiro, Chinese (Un)official Development Aid, in: Americas Quarterly, Winter 2012, <<http://www.americas-quarterly.org/Vieiro>> (abgerufen am 23.08.2020); Hanns Günther Hilpert und Gudrun Wacker, Geoökonomie trifft Geopolitik, in: SWP-Aktuell, Mai 2015.
- ³⁷ Vgl. Markus Ehm, Brüsseler Notizen zur Außen- und Sicherheitspolitik, Hanns-Seidel-Stiftung, Brüssel, 29.07.2020.
- ³⁸ Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Partner und systemischer Wettbewerber – Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um?, Grundsatzpapier China, Berlin 2019, <https://bdi.eu/media/publikationen/?publication_type=Positionen#/publikation/news/china-partner-und-systemischer-wettbewerber/> (abgerufen am 23.08.2020).
- ³⁹ Vgl. Europäische Kommission, White Paper on Levelling the Playing Field as Regards Foreign Subsidies, 17.06.2020, COM(2020) 253 final, Brüssel, <https://ec.europa.eu/competition/international/overview/foreign_subsidies_white_paper.pdf> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁴⁰ Vgl. den „Wortlaut der Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron“, Berlin/Paris, 18.05.2020, <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenz-von-bundeskanzlerin-merkel-und-dem-franzoesischen-praesidenten-emmanuel-macron-1753844>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁴¹ Europäische Kommission, Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang von Waren und Dienstleistungen aus Drittländern zum EU-Binnenmarkt für öffentliche Aufträge und über die Verfahren zur Unterstützung von Verhandlungen über den Zugang von Waren und Dienstleistungen aus der Union zu den Märkten für öffentliche Aufträge von Drittländern, 29.01.2016, COM(2016) 34 final, Brüssel, <<https://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/DE/COM-2016-34-F1-DE-MAIN-PART-1.PDF>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁴² Interview mit Wirtschaftsminister Altmaier: „Die Diskussion über Euro-Bonds ist eine Gespensterdebatte“, in: Handelsblatt, 24.03.2020, <<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-wirtschaftsminister-altmaier-die-diskussion-ueber-euro-bonds-ist-eine-gespensterdebatte/25672030.html?ticket=ST-4351936-2sAekjCiAz2mjlUICRN-ap2>> (abgerufen am 23.08.2020).

- ⁴³ Interview mit Manfred Weber: „Ein Erdbeben für die Rechtsarchitektur Europas“, in: Die Welt, 17.05.2020, <<https://www.welt.de/politik/ausland/plus208027547/Manfred-Weber-kritisiert-EZB-Urteil-des-Verfassungsgerichts.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁴⁴ Zitiert in: Javier Espinoza, Vestager Urges Stakebuilding To Block Chinese Takeovers, in: Financial Times, 12.04.2020, <<https://www.ft.com/content/e14f24c7-e47a-4c22-8cf3-f629da62b0a7>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁴⁵ Zitiert in: Europa nimmt seltene Rohstoffe ins Visier; Kommission will den Abbau und die Wiederverwertung fördern, um Abhängigkeiten zu vermeiden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 04.09.2020.
- ⁴⁶ Die China-Mittel-Ost-Europa-Gipfel, auch „17+1“-Gipfel genannt, sind jährlich stattfindende Treffen des chinesischen Ministerpräsidenten mit den Regierungschefs mittel- und osteuropäischer Länder.
- ⁴⁷ Ronald O'Rourke, A Shift in the International Security Environment. Potential Implications for Defense – Issues for Congress, Congressional Research Service (CRS), in: CRS Report for Congress, Washington, DC, 14.07.2015, S. 8.
- ⁴⁸ 90 Prozent der chinesischen Handelsgüter sowie 40 Prozent des nach China eingeführten Erdöls werden auf See befördert. Gabriel B. Collins, China's Dependence on the Global Maritime Commons, in: Andrew S. Erickson, Lyle J. Goldstein und Nan Li (Hrsg.), China, the United States, and 21st Century Seapower, Annapolis, MD: Naval Institute Press, 2010, S. 14–37, hier S. 18.
- ⁴⁹ Vgl. Michael Paul und Marco Overhaus, Sicherheit und Sicherheitsdilemmata in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen, in: Barbara Lippert und Volker Perthes (Hrsg.), Strategische Rivalität zwischen USA und China, SWP Berlin, Februar 2020, S. 22-26, hier: S. 24.
- ⁵⁰ US Department Of State, Office of the Spokesperson, Secretary Michael R. Pompeo Remarks at the Richard Nixon Presidential Library and Museum: „Communist China and the Free World's Future“, 23.07.2020, The Richard Nixon Presidential Library and Museum, Yorba Linda, California, <<https://sv.usembassy.gov/secretary-michael-r-pompeo-remarks-at-the-richard-nixon-presidential-library-and-museum-communist-china-and-the-free-worlds-future/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁵¹ Das sind Brunei, Myanmar, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam.
- ⁵² Michael Froman, The Strategic Logic of Trade. Remarks by Ambassador Froman at the Council on Foreign Relations, New York, 16.06.2014, <<https://ustr.gov/about-us/policy-offices/press-office/speeches/transcripts/2014/June/Remarks-USTR-Froman-at-Council-Foreign-Relations-Strategic-Logic-of-Trade>> (abgerufen am 23.08.2020).

- ⁵³ Zitiert in: Jane Perlez, US Allies See Trans-Pacific Partnership as a Check on China, in: New York Times, 06.10.2015, <<http://www.nytimes.com/2015/10/07/world/asia/trans-pacific-partnership-china-australia.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁵⁴ Laut Umfrage des Pew Research Center, Germany and the United States: Reliable Allies, Washington, DC, 07.05.2015, <<http://www.pewglobal.org/2015/05/07/germany-and-the-united-statesreliable-allies/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁵⁵ Joseph E. Stiglitz, Rauchen ist gesund! Wie globale Konzerne über TTIP & Co. die Macht übernehmen, in: Internationale Politik und Gesellschaft (IPG), 13.05.2015, <<http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/rauchen-ist-gesund-925/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁵⁶ Vgl. David Shambaugh, The New American Bipartisan Consensus on China Policy, in: China-US Focus, 21.09.2018, <<https://www.chinausfocus.com/foreign-policy/the-new-american-bipartisan-consensus-on-china-policy>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁵⁷ US Department of State, Office of the Spokesperson, Secretary Michael R. Pompeo Remarks.
- ⁵⁸ John McCain, Außenpolitische Grundsatzrede an der Hoover Institution, 01.05.2007; für ein Transkript siehe die Homepage des Council on Foreign Relations: <<http://www.cfr.org/publication/13252/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁵⁹ Ivo Daalder und James Lindsay, An Alliance of Democracies. Our Way or the Highway, in: Financial Times, 06.11.2004, <<https://www.brookings.edu/opinions/an-alliance-of-democracies-our-way-or-the-highway/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶⁰ Barack Obama, Rede in Berlin. Transkript in der New York Times, 24.07.2008, <<https://www.nytimes.com/2008/07/24/us/politics/24text-obama.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶¹ Ebd.
- ⁶² Joe Biden, Rede bei der 45. Münchner Sicherheitskonferenz, 07.02.2009, <<http://germany.usembassy.gov/events/2009/feb-biden-security/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶³ So gehen selbst die optimistischen Erwartungen des Ölkonzerns BP davon aus, dass die Öl- Nachfrage in der nächsten Dekade nur noch um 0,3 Prozent jährlich steigen und in den 2030er-Jahren ein Plateau erreichen wird. BP, Energy Outlook, 2019 Edition, London 2019, S. 79, <<https://www.bp.com/content/dam/bp/business-sites/en/global/corporate/pdfs/energy-economics/energy-outlook/bp-energy-outlook-2019.pdf>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶⁴ „Bestehende Instrumente bieten europäischen Unternehmen keinen ausreichenden Schutz vor unilateralen US-Sanktionen. Die deutsche und europäische Autonomie in der Energieversorgung könnte dadurch auf absehbare Zeit empfindlich beein-

trächtig werden“, siehe: Sascha Lohmann und Kirsten Westphal, Unilaterale US-Sanktionen gegen Petrostaaten. Die Geopolitisierung des internationalen Ölmarkts, in: SWP-Studie 28, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2019, S. 1.

- ⁶⁵ The White House, Remarks by President Trump on American Energy and Manufacturing, 13.08.2019, <<https://www.whitehouse.gov/briefings-statements/remarks-president-trump-american-energy-manufacturing-monaco-pa/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶⁶ The White House, National Security Strategy of the United States, Washington, DC, Dezember 2017, S. 22, <<https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905-2.pdf>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶⁷ So bezeichnete US Under Secretary of Energy Mark W. Menezes amerikanisches LNG als „Freiheitsgas“. US Department of Energy, Department of Energy Authorizes Additional LNG Exports from Freeport LNG, Pressemitteilung vom 28.05.2019, <<https://www.energy.gov/articles/department-energy-authorizes-additional-lng-exports-freeport-lng>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶⁸ Laut der amerikanischen Energiebehörde verfügt der Iran nach Russland über die zweitgrößten Gasreserven und nach Venezuela, Saudi-Arabien und Kanada über die viertgrößten nachgewiesenen Ölreserven der Welt. US Energy Information Administration (EIA), Country Analysis Executive Summary: Iran, Washington, DC, 07.01.2019, S. 1, 5, <https://www.eia.gov/international/content/analysis/countries_long/Iran/pdf/iran_exe.pdf> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁶⁹ Laut den Berechnungen von Goldman Sachs, zitiert in: Julian Lee, Welcome to a Truly Free Oil Market, in: Bloomberg, 29.03.2020, <<https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2020-03-29/the-coronavirus-means-it-s-a-truly-free-market-for-oil>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁷⁰ Laut der Erhebung von Baker Hughes: <<https://rigcount.bakerhughes.com/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁷¹ Vor den Entlassungen beschäftigte die US-Ölindustrie direkt mehr als 150.000 Menschen, unterstützte indirekt mehr als 10 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze und machte fast 8 Prozent des US-BIP aus; vgl. Randolph Bell, Celebrating the Collapse of the US Oil and Gas Industry Isn't the Path to a Just Energy Transition, in: Real Clear Energy, 26.04.2020, <https://www.realclearenergy.org/articles/2020/04/26/celebrating_the_collapse_of_the_us_oil_and_gas_industry_is_not_the_path_to_a_just_energy_transition_490078.html> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁷² Timothy Gardner, US Senators Boost Pressure on Saudi, Russia Over Oil Market Share War, in: Reuters, 19.03.2020, <<https://www.reuters.com/article/us-global-oil-usa-saudi/us-senators-boost-pressure-on-saudi-russia-over-oil-market-share-war-idUSKBN21601P>> (abgerufen am 23.08.2020).

- ⁷³ Rückte doch das Monatsende und damit auch der Stichtag für die künftigen Kauf- und Verkauf-Optionen näher. So kippte der US-Referenzpreis für das West Texas Intermediate (WTI)-Öl für Mai sogar ins Negative. Der Preis für Juni-Öl der Sorte WTI gab jedoch nur leicht nach und pendelte sich wieder bei etwa 20 Dollar ein. US-Präsident Trumps Verlautbarung, bis zu 75 Millionen Fässer Rohöl zu kaufen, um die strategischen Reserven der USA weiter aufzufüllen, beruhigte die Händler. Auch angesichts des Deals mit der OPEC gingen sie davon aus, dass sich die Preise wieder etwas erholen dürften.
- ⁷⁴ Vgl. Spoiler Alert, A historic OPEC+ Deal to Curb Oil Output Faces Many Obstacles, in: The Economist, 13.04.2020, <https://www.economist.com/finance-and-economics/2020/04/13/a-historic-opec-deal-to-curb-oil-output-faces-many-obstacles?utm_campaign=the-economist-today&utm_medium=newsletter&utm_source=salesforce-marketing-cloud&utm_term=2020-04-13&utm_content=article-link-1> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁷⁵ Chico Harlan, How the Plunging Price of Oil Has Set Off a New Global Contest, in: Washington Post, 15.07.2015, <<http://www.washingtonpost.com/blogs/wonkblog/wp/2015/07/15/how-the-plunging-price-of-oil-has-set-off-a-new-global-contest/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁷⁶ Vgl. Dag Harald Claes, Andreas Goldthau und David Livingston, Saudi Arabia and the Shifting Geoeconomics of Oil, Washington, DC: Carnegie Endowment, 21.05.2015, <http://carnegieendowment.org/2015/05/21/saudi-arabia-and-shifting-geoeconomics-of-oil/i8vv?mkt_tok=3RkMMJWWfF9wsRojukXPZKXonjHpfX570sqUKKg38431UFwdcjKpmjr1YYBRcJOaPyQAgobGp5I5FEIQ7XYTLB2t6OMWA%3D%3D> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁷⁷ Andreas Goldthau, Global Energy in Transition. How the EU Should Navigate New Realities and Risks, Berlin: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, in: DGAP Policy Brief, 4/November 2019.
- ⁷⁸ Laut S&P Global Platts, einem Preis-Informationssdienst für den Handel mit Energie, Rohstoffen und Agrarprodukten, senkte Saudi Aramco für Mai 2020 die Ölpreise für die Export-Destination Asien, während es die Preise für andere Destinationen ansteigen ließ; zitiert in: Spoiler Alert, A Historic OPEC+ Deal.
- ⁷⁹ Deutsche Presse-Agentur (dpa), Merkel vs. Trump: Streit auf offener Bühne beim Nato-Gipfel, 11.07.2018, <<https://www.zeit.de/news/2018-07/11/merkel-vs-trump-streit-auf-offener-buehne-beim-nato-gipfel-180710-99-97316>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁸⁰ Vgl. Clifford Gaddy, zitiert in: Neil MacFarquhar und David M. Herszenhorn, Ukraine Crisis Pushing Putin Toward China, in: New York Times, 20.5.2014, S. A1.
- ⁸¹ Zum Beispiel: Michal Makocki und Nicu Popescu, China and Russia: An Eastern Partnership in the Making? European Union Institute for Security Studies (EUISS),

- in: Chaillot Paper, 140, Dezember 2016, <https://www.iss.europa.eu/sites/default/files/EUISSFiles/CP_140_Russia_China.pdf> (abgerufen am 23.08.2020). Ausführlicher zu dieser Frage ein Literaturbericht von Hannes Adomeit, Russland und China – auf dem Weg zur strategischen Partnerschaft?, in: SIRIUS, 2 (2), 2018, S. 178-181.
- ⁸² Matthew Lee, US Spares Japan Firm from Iran Sanctions, in: Associated Press, 17.11.2010; Japan's Top Energy Explorer Quits Iran Oil Project, in: Associated Press, 15.10.2010.
- ⁸³ Grillo zitiert in: Najmeh Bozorgmehr und Monavar Khalaj, Businesses Eye Huge Opportunities in Iran, in: Financial Times, 14.07.2015.
- ⁸⁴ Ebd.
- ⁸⁵ Die Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) bestätigte dies durch mehrfache Untersuchungen.
- ⁸⁶ Yossef Bodansky, The New Bloc: The Middle Eastern Entente, in: ISPSW Strategy Series, 612, 2019.
- ⁸⁷ Es bleibt jedoch auch fraglich, ob Russland es zulassen würde, dass Katar über Syrien Gas nach Europa liefert, zumal auch Moskau über seine neue Pipeline russisches Gas in die Türkei und in die Europäische Union liefern will.
- ⁸⁸ Kenneth Katzman, Iran's Foreign and Defense Policies, Washington, DC, in: Congressional Research Service (CRS), CRS Report, 08.05.2019, S. 50.
- ⁸⁹ Rainer Hermann, Iran glaubt an eine Corona-Verschwörung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.03.2020, <<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/iran-glaubt-an-eine-corona-verschwörung-aus-den-usa-16692927.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁹⁰ Matthew Forney, China's Going-out Party, in: Time Magazine, 17.01.2005.
- ⁹¹ American Enterprise Institute (AEI), China Global Investment Tracker (CGIT), <<https://www.aei.org/china-global-investment-tracker/>> (abgerufen am 23.08.2020); vgl. auch Andreas Goldthau, Global Energy in Transition.
- ⁹² Wu Lei und Shen Qinyu, Will China Go to War over Oil?, in: Far Eastern Economic Review, 69 (April 2006) 3, S. 38-40.
- ⁹³ Grundlegend dazu: Ernst Ulrich von Weizsäcker und Jochen Jesinghaus, Ecological Tax Reform: A Policy Proposal for Sustainable Development, London 1992; Anselm Görres, Henner Ehringhaus und Ernst Ulrich von Weizsäcker, Der Weg zur ökologischen Steuerreform. Weniger Umweltbelastung und mehr Beschäftigung. Das Memorandum des Fördervereins Ökologische Steuerreform, München 1994.
- ⁹⁴ Zum Beispiel: Ernst Ulrich von Weizsäcker und Anders Wijkman, Wir sind dran, in: Club of Rome: Der große Bericht, Gütersloh 2017; engl. Originaltitel „Come On!“, New York 2018.

- ⁹⁵ Larry Fink, A Fundamental Reshaping of Finance, 2020, <<https://www.blackrock.com/corporate/investor-relations/larry-fink-ceo-letter>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁹⁶ Vgl. John Podesta und Todd Stern, A Foreign Policy for the Climate. How American Leadership Can Avert Catastrophe, in: Foreign Affairs, Mai/Juni 2020, <<https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2020-04-13/foreign-policy-climate>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁹⁷ Vgl. die sogenannte EU Taxonomy: <https://ec.europa.eu/info/publications/sustainable-finance-technical-expert-group_en> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁹⁸ Vgl. Joe Bidens Campaign Website, Fact Sheet: 9 Key Elements of Joe Biden's Plan for a Clean Energy Revolution, <<https://joebiden.com/9-key-elements-of-joe-bidens-plan-for-a-clean-energy-revolution/>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ⁹⁹ Wolf Krug, Deutsches Versteckspiel, in: Die Welt, 12.02.2020, <https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article205790213/Gastkommentar-Deutsches-Versteckspiel.html> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹⁰⁰ Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, New York: Penguin, 1992.
- ¹⁰¹ Josef Braml, Wolfgang Merkel und Eberhard Sandschneider (Hrsg.), Außenpolitik mit Autokratien, Jahrbuch Internationale Politik, Band 30, München: De Gruyter Oldenbourg, 2014.
- ¹⁰² Patrick Köllner, Autoritäre Regime – keine weltweit aussterbende Gattung, sondern eine wachsende Herausforderung, in: GIGA Focus, 6/2008; Wolfgang Merkel, Are Dictatorships Returning? Revisiting the „Democratic Rollback“ Hypothesis, in: Contemporary Politics, 2010, 16/1, S. 17–31.
- ¹⁰³ Eberhard Sandschneider, Der erfolgreiche Abstieg Europas. Heute Macht abgeben, um morgen zu gewinnen, München: Hanser, 2011.
- ¹⁰⁴ Stefan Halper, The Beijing Consensus. How China's Authoritarian Model Will Dominate the Twenty-first Century, New York: Basic Books, 2010.
- ¹⁰⁵ Francis Fukuyama, Exporting the Chinese Model, in: Project Syndicate, 12.01.2016, <<https://www.project-syndicate.org/onpoint/china-one-belt-one-road-strategy-by-francis-fukuyama-2016-01?barrier=true>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹⁰⁶ Jim Mattis, A New American Grand Strategy, Stanford, CA: Hoover Institution, 26.02.2015.
- ¹⁰⁷ Ausführlicher: Josef Braml, Trump's Zero-Sum Thinking – And Europe's Response, in: The International Economy, Winter 2019, S. 64-65, 78-79.
- ¹⁰⁸ White House, A New National Security Strategy for a New Era, 18.12.2017, <<https://www.whitehouse.gov/articles/new-national-security-strategy-new-era>> (abgerufen am 23.08.2020).

- ¹⁰⁹ Der Begriff „transaktionale Führung“ bringt sowohl die Beziehungs- als auch die Inhaltsebene zum Ausdruck. In diesem hierarchischen Austauschverhältnis gibt ein Vorgesetzter – in diesem Fall US-Präsident Trump – eine Zielvereinbarung mit spezifischen Erwartungen vor und belohnt oder bestraft die Untergebenen mit finanziellen oder immateriellen Vorteilen beziehungsweise Nachteilen, wenn sie die Anforderungen erfüllen oder verfehlen. Ausführlicher zur transaktionalen Führung siehe James MacGregor Burns, *Leadership*, New York 1978.
- ¹¹⁰ Insbesondere die Sektion 301 des Handelsgesetzes von 1974, die es dem Präsidenten erlaubt, Zölle und Quoten gegen Handelspartner zu errichten, die „unvertretbare“, „unangemessene“ oder „diskriminierende“ Maßnahmen einführen; vgl. Stormy Mildner, Claudia Schmucker, *Trump's Fair Trade: Aber fair für wen?*, in: DGAPanalyse, 06.07.2017, S. 13–17, <<https://dgap.org/de/think-tank/publikationen/dgapanalyse/trumps-fair-trade>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹¹ In einer grundlegenden Neuausrichtung wollen die USA – so auch der Bericht des Handelsbeauftragten (USTR) Robert Lighthizer für den Kongress vom März 2017 – ihre wirtschaftliche und politische Macht nutzen, um von den Handelspartnern einen „fairen und reziproken“ Marktzugang zu erzwingen; vgl. USTR, *2017 Trade Policy Agenda and 2016 Annual Report of the President of the United States on the Trade Agreements Program*, <<https://ustr.gov/sites/default/files/files/reports/2017/AnnualReport/AnnualReport2017.pdf>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹² Die Trump-Regierung bemüht die aus dem Kalten Krieg stammende Sektion 232 des US-Handelsgesetzes von 1962, die es dem US-Präsidenten ermöglicht, Zölle im Namen der nationalen Sicherheit einzuführen.
- ¹¹³ Ausführlicher: Josef Braml und Claudia Schmucker, *Geoökonomische Antworten auf Trump. Wie die EU Handel, Finanzen und Sicherheit zusammen denken sollte*, in: DGAP Policy Brief, 1/November 2019, <https://dgap.org/sites/default/files/article_pdfs/dgap_policybrief_nr1nov2019_web_0.pdf> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹⁴ Detlef Nolte, *Mercosur-Abkommen: Europas geoökonomische und -strategische Interessen*, in: DGAP Policy Brief, 16/September 2019, <https://dgap.org/system/files/article_pdfs/2019-16_DGAPkompakt.pdf> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹⁵ Europäische Kommission, *Joint Statement by the European Union and Canada on an Interim Appeal Arbitration Arrangement*, 25.07.2019, <<https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2053>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹⁶ Ausführlicher dazu: <<https://2009-2017.state.gov/e/oes/climate/mem/index.htm>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹⁷ Das forderte zum 75. Geburtstag der beiden internationalen Organisationen etwa Richard Kozul-Wright, der in der UNCTAD die Abteilung Globalisierung und Entwicklungsstrategien leitet: Richard Kozul-Wright, *To Salvage Multilateralism We Need a Global Green New Deal*, Blog, 15.10.2019, <https://unctad.org/en/pages/news_details.aspx?OriginalVersionID=2214> (abgerufen am 23.08.2020).

- ¹¹⁸ Editorial Board, Democrats and Republicans Should Both Embrace This Common-sense, Planet-saving Reform, in: Washington Post, 13.02.2020, <https://www.washingtonpost.com/opinions/democrats-and-republicans-should-both-embrace-this-common-sense-planet-saving-reform/2020/02/12/c28ab042-4dcc-11ea-9b5c-eac5b16dafa_story.html> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹¹⁹ Economists' Statement on Carbon Dividends. Bipartisan Agreement on How to Combat Climate Change, in: Wall Street Journal, 17.01.2019, <<https://www.wsj.com/articles/economists-statement-on-carbon-dividends-11547682910>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹²⁰ Vgl. Frederick Kempe, How the US Can Use the Covid-19 Crisis to Reimagine the Energy World, Save Jobs and Stabilize Markets, in: CNBC, 25.04.2020, <<https://www.cnbc.com/2020/04/25/op-ed-how-the-us-could-use-the-covid-19-crisis-to-reimagine-energy.html>> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹²¹ Mats Kröger, Karsten Neuhoff und Jörn Richstein, Green New Deal nach Corona: Was wir aus der Finanzkrise lernen können, in: DIW aktuell, 30.04.2020.
- ¹²² Amy Myers Jaffe, Emerging-Market Petrostates Are About to Melt Down: Collapsing Oil Prices Risk Igniting a Sovereign Debt Crisis, in: Foreign Affairs, 02.04.2020, <https://www.foreignaffairs.com/articles/2020-04-02/emerging-market-petrostates-are-about-melt-down?utm_medium=promo_email&utm_source=promo_2&utm_campaign=mj020-camp2-newsltr-panel-a&utm_content=20200415&utm_term=mj020-camp2-newsltr-panel-a> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹²³ So auch die Einschätzung von Joseph S. Nye, A Western Strategy for a Declining Russia, in: Project Syndicate, 03.09.2014, <www.project-syndicate.org/commentary/joseph-s-nye-wants-to-deter-russia-without-isolating-it> (abgerufen am 23.08.2020).
- ¹²⁴ So Trumps Vorgänger Barack Obama, der diesen doch etwas abwertenden Begriff benutzte, um seinen russlandfeindlichen Kritikern im Kongress zu entgegnen, dass Russland keine vitale Bedrohung mehr für die USA sei.

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) –
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische
Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten
Klimaveränderung für Deutschland und Europa

- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik – Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?

- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in
Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der
christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen

- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU: Aussichten für die Zukunft –
China’s Silk Road Initiative and the European Union:
Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
- Nr. 71 Mittelpunkt Bürger: Dialog, Digital und Analog
- Nr. 72 Change in der Medien- und Kommunikationsbranche –
Ein Leitfaden für Veränderungsprozesse und die digitale Zukunft
- Nr. 73 Versorgungssicherheit bei Kritischen Rohstoffen –
Neue Herausforderungen durch Digitalisierung und Erneuerbare Energien
- Nr. 74 Jugendstudie Bayern 2019 – Untersuchungsbericht
- Nr. 75 Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen –
Die Abkommen mit Japan, Mercosur und Vietnam
- Nr. 76 Rechtes Land? Demokratie stärken
- Nr. 77 Informationsbedrohungen – Herausforderungen für den
europäischen Informationsraum (deutsch und englisch)
- Nr. 78 Protestbewegungen in Russland: Zwischen Aufbruch und Stagnation
- Nr. 79 Klimaschutzbewegung und Linksextremismus –
Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren
- Nr. 80 Die Europäische Union in der Corona-Weltwirtschaftskrise –
Perspektiven und Handlungsoptionen im geoökonomischen Wettbewerb
zwischen den USA und China (deutsch und englisch)